

DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**



GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 6. MAI 2020, NR. 105 · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

**Hass bekämpfen**

Konzert zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. **3** Konstantin Wecker im Gespräch

**Den Helfern danken**

Kampf um das Gesundheitssystem, Serienteil 9: Kubas Versorgungswesen ist eine Alternative **5**

**Heimat schaffen**

Die DDR, auch ein Staat jüdischer Intellektueller. Notwendige Erinnerung von Harald Kretschmar **10**

**Krieg vorbereiten**

Grüne bringen sich militärpolitisch in Regierungsstellung. Deutschland soll überall mitschießen **12**

# Kapital pampern

Bund, Länder und Lobbyisten feilschen um Hilfen für Autobranche. Das ist dreist und hilft hauptsächlich den Großinvestoren. **Von Klaus Fischer**

Die Bundesregierung will bis Anfang Juni über die Ausgestaltung von »Kaufanreizen« für Autos entscheiden. Darin seien sich die Teilnehmer eines per Video abgehaltenen Lobbyistentreffens am Dienstag einig gewesen, meldete die Nachrichtenagentur *dpa* mit Bezugnahme auf »Regierungskreise«. Wieder war von einem »Autogipfel« die Rede.

Die Bezeichnung trifft durchaus zu. Ein Gipfel der Dreistigkeit ist es schon, wenn Kapital- und Staatsfunktionäre gemeinsam mit der IG Metall über Subventionen aus Steuergeldern für eine Branche reden, statt zuerst die Konzerneigner an ihre »Kapitalistenpflicht« zu erinnern, notfalls eigenes Geld nachzuschießen, um die Unternehmen wieder flottzumachen.

Jährlich weit über 400 Milliarden Euro setzen die deutschen Hersteller um und hatten ihren Aktionären satte Dividenden ausgeschüttet. Von den Eigentümern saß – mit Ausnahme des SPD-Politikers Stephan Weil – keiner am virtuellen Gipfeltisch. Und der auch nur in Vertretung Niedersachsens, das knapp 20 Prozent der VW-Stammaktien hält. Die Porsches und Piëchs (VW-Haupteigner) schickten ebenso wie Daimlers Großaktionär »Blackrock« oder die Erben Susanne Klatten und Stefan Quandt (BMW) nur ihre Agenten vor. Klatten und Quandt beispielsweise hatten allein 2017 für das Jahr zuvor 1,074 Milliarden Euro Dividende eingestrichen.

Ministerpräsident Weil und dessen Kollegen Winfried Kretschmann (Grüne) und Markus Söder (CSU) werden von den Medien als Vertreter der »Autoländer« bezeichnet, denn die Konzernzentralen von VW, Daimler und BMW stehen in Hannover, Stuttgart und Mün-



Demo für nachhaltige und soziale Verkehrspolitik statt Abwrackprämien (Bundeskanzleramt, Berlin, 5.5.2020)

chen. Alle drei können schon qua Amt zu den einflussreichsten Lobbyisten der Branche gezählt werden. Die jeweiligen Bundesländer profitieren vielfach von der Symbiose mit den Konzernen. Kein Wunder also, wenn sie laut nach »Kaufprämien« rufen.

Momentan ziert sich der Bund hinsichtlich konkreter Zusagen. Das ist verständlich. Berlin hat bereits wegen Corona darbenenden Wirtschaftszweigen Hunderte Milliarden versprochen, Brüssel höhere EU-Beiträge angeboten, den EU-»Südländern« umfangreiche Hilfen avisiert. Denn auch Kredite müssen von der Bundesregierung bedient und theoretisch sogar zurückge-

zahlt werden. Keiner weiß, wie sich die Lage weiter entwickelt.

Die Gewerkschaft ist ebenfalls für Staatshilfen. Die Autoindustrie hat noch rund 800.000 gut bezahlte Arbeitsplätze. Den Takt hatte bereits VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh vorgegeben, als er am vorigen Mittwoch von der Politik einen »kräftigen Impulsstoß« für die Branche verlangt hatte.

Finanzminister Olaf Scholz (SPD) spielt indes weiter den großen Geldgeber. Er hatte angekündigt, dass die Koalition Ende Mai oder Anfang Juni ein »Konjunkturpaket« auflegen wolle, um die Wirtschaftstätigkeit anzukur-

beln. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gibt sich wieder einmal zögerlich. Sie hatte deshalb bei den Gesprächen am Dienstag noch keine Entscheidung über spezielle Anreize für die Branche versprechen wollen.

Denn da waren ja noch die Umwelt- und Klimaschützer. Deren Vertreter warnten am Dienstag wiederholt eindringlich davor, den Verkauf von Kfz mit Verbrennungsmotoren durch Steuergelder zu fördern. In Berlin forderten u. a. Mitglieder von Campact bei einer Aktion vor dem Bundeskanzleramt »Vorfahrt fürs Klima«. Der Staat dürfe »kein Steuergeld für Spritschlucker« lockermachen, hieß es.

## Geheimdienste: Pandemie nicht durch Laborunfall

Washington. Westliche Geheimdienste halten die Theorie von einem Laborunfall als Ursprung der Coronapandemie für »höchst unwahrscheinlich«. Der US-Nachrichtensender *CNN* zitierte am Dienstag drei Quellen. Diese widersprachen Erkenntnissen der »Five Eyes«, einer Geheimdienstallianz der USA mit Großbritannien, Australien, Kanada und Neuseeland, deren Bericht Grundlage für entsprechende Verdächtigungen von US-Außenminister Michael Pompeo war. »Es ist höchst wahrscheinlich, dass es auf natürliche Weise aufgetreten und die Infektion von Menschen durch natürliche Interaktion zwischen Mensch und Tier erfolgt ist«, zitierte der Sender einen Diplomaten. Eine australische Geheimdienstquelle hatte dem *Guardian* bereits am Montag gesagt, der Bericht sei ein Mittel, »um eine Gegenzählung aufzubauen und Druck auf China auszuüben«. (dpa/iW)

## Kriegswaffenexporte der BRD deutlich gestiegen



Berlin. Deutsche Unternehmen haben 2019 deutlich mehr Kriegswaffen wie Kampfflugzeuge und Panzer exportiert als im Jahr zuvor. Das Bundeswirtschaftsministerium bezifferte den Wert dieser Ausfuhren in seiner Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen (Die Linke) auf mehr als 1,1 Milliarden Euro, wie die Nachrichtenagentur *AFP* am Dienstag berichtete. Die Summe lag rund 40 Prozent über jener des Vorjahres, aber unter den Werten von 2017. Wichtigste Empfängerländer waren 2019 Kuwait, Litauen, Singapur, die Türkei und Großbritannien. Details zum Wert der Ausfuhren in bestimmte Länder seien als »Verschlussache« eingestuft, hieß es in der Antwort an Dagdelen. Der Abgeordneten zufolge verhindere die Bundesregierung »gezielt eine parlamentarische und öffentliche Kontrolle sowie eine breite Diskussion ihrer Rüstungsexportpolitik«. (AFP/iW)

# Weitere Söldner in Venezuela gestoppt

Erneut Invasionsversuche an Karibikküste abgewehrt. Maduro macht USA verantwortlich

Nachdem bereits am Sonntag eine Invasion schwerbewaffneter Söldner mit Schnellbooten an der venezolanischen Karibikküste gescheitert war, konnten am Montag (Ortszeit) offenbar zwei weitere Anlandungsversuche verhindert werden. Wie der Vorsitzende der Verfassunggebenden Versammlung, Diosdado Cabello, auf Twitter mitteilte, wurden im nördlichen Bundesstaat Aragua bei dem Ort Chuao acht Personen festgenommen. Nur wenige Stunden später seien bei Puerto Cruz zwei weitere Söldner gefasst worden.

Damit stieg die Anzahl der festgenommenen Terroristen auf 13 an, wie Venezuelas Präsident Nicolás Maduro am Montagabend in einer Fernsehansprache erklärte. Neben schweren Waffen und anderem Kriegsmaterial präsentierte der Staatschef auch Dokumente, aus denen unter anderem die Identität zweier US-Amerikaner, Luke Alexander Denman und Aaron Barry, hervorgeht. Die Männer im Alter von 34 und 41 Jahren gehörten zum Sicherheitspersonal von US-Präsident Donald Trump, so Maduro. In einem auf Twitter kursierenden Video bestätigte der

ebenfalls festgenommene Josnars Adolfo Baduel die Aussage.

Bereits am Sonntag war ein von kolumbianischem Territorium gestarteter Invasionsversuch abgewehrt worden, wobei acht Söldner getötet wurden. In einem am Sonntagabend veröffentlichten Interview mit der Journalistin Patricia Poleo hatte der ehemalige US-Elitesoldat und Besitzer eines Sicherheitsunternehmens Jordan Goudreau erklärt, die »Operation Gideon« gemeinsam mit dem selbsternannten »Übergangspräsidenten« Juan Guaidó geplant zu haben. Auch ein Dokument mit der

Signatur des Oppositionspolitikers, der schon am 30. April 2019 mit einem Putschversuch gescheitert war, hielt er in die Kamera.

Angesichts der anhaltenden Bedrohung versetzte die venezolanische Regierung mehr als 25.000 Soldaten in Alarmbereitschaft. Trotzdem rief Maduro am Montag zum Dialog mit der Opposition auf. Auch der Sprecher von UN-Generalsekretär António Guterres, Stéphane Dujarric, verurteilte am Montag jegliche »Eskalation« der Lage.

Frederic Schnatterer

■ Siehe Kommentar Seite 8

**jW** wird herausgegeben von 2.281 Genossinnen und Genossen (Stand 22.4.2020)  
www.jungewelt.de/lpg



# »Sie steht da wie der Kaiser, komplett nackt«

Von wegen systemrelevant: Bundeswehr verkauft sich in Coronakrise als Helfer, obwohl es mehr Pflegekräfte bräuchte. Ein Gespräch mit Kathrin Vogler

**N**ach einer Aufstellung des Bundesverteidigungsministeriums soll es trotz Coronapandemie bis September rund 100 Ausbildungsvorhaben und Übungen der Bundeswehr geben, zum Beispiel das Manöver »Berglöwe 2020« mit rund 1.650 Soldaten. Inwiefern ist das für Sie überraschend?

Das Papier ist ein Dokument absoluter Fahrlässigkeit im Umgang mit der Gesundheit der Soldaten und der Zivilbevölkerung. Die Soldaten haben doch auch Familienangehörige, die sie anstecken könnten. Wenn man sich überlegt, dass momentan nicht mal erlaubt ist, dass eine Laufgemeinschaft in



Kathrin Vogler ist Bundestagsabgeordnete für die Partei Die Linke und Friedenspolitische Sprecherin ihrer Fraktion

der freien Natur Sport treibt ... Und hier werden Tausende von Soldaten ins Gelände getrieben, auf engstem Raum in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, in Bussen und in anderen Fahrzeugen transportiert, in denen der nötige Abstand nicht eingehalten werden kann. Das ist verantwortungslos.

**Die Bundeswehr erklärt, man habe eine Menge Schutzmasken und Desinfektionsmittel angeschafft und bringe weniger Leute als sonst in Zelten unter. Was sagen Sie dazu?**

Das sind doch Schutzbehauptungen. Wie soll man bei so großen Menschenmengen Abstand halten? Das ist unmöglich. Auch ein regelmäßiges Händewaschen kann unter Manöverbedingungen nicht funktionieren. Man muss sich auch mal ansehen, was für eine Werbekampagne das Ministerium derzeit führt. Zehntausende Jugendliche werden angeschrieben und ihnen wird gesagt, dass die Bundeswehr der Helfer in der Coronakrise sei – und in den eigenen Reihen wird der Gesundheitsschutz derart vernachlässigt.

**Fordern Sie eine Pause für die Übungen?**

Meiner Ansicht nach können die Manöver auch dauerhaft eingestellt werden. Das betrifft insbesondere die Großübungen in Osteuropa, die lediglich eine Drohkulisse gegenüber Russland aufbauen sollen. Aber zumindest solange Großveranstaltungen wegen der Coronakrise abgesagt sind, müssten alle größeren Übungen der Bundeswehr eingestellt werden.

**Die Truppe argumentiert, dass sie ihre Einsatzbereitschaft aufrechterhalten muss.**

Das folgt der kruden Logik einer rein militärischen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir erleben im Augenblick eine große Bedrohung der Bevölkerung, gegen die man mit militärischen Mitteln gar nichts ausrichten kann. Dadurch sieht die Bundeswehr ihre Rolle in Frage gestellt als diejenige Institution, die

für Sicherheit zuständig ist. Sie stellt sich jetzt auf für die Verteilungskämpfe nach der Coronakrise. Es gibt Dokumente aus dem Umfeld der Armee, in denen skizziert wird, was wir derzeit erleben: nämlich eine Werbekampagne, die ein Bewusstsein schaffen soll, wie wichtig doch die Bundeswehr sei.

**Und das ist sie in der Coronakrise nicht?**

Nein, ist sie nicht. In Wirklichkeit steht sie da wie der Kaiser in dem Märchen »Des Kaisers neue Kleider«, nämlich komplett nackt. Überall da, wo Soldaten momentan im zivilen Bereich eingesetzt werden, gibt es für sie doch überhaupt keine Verwendung, die ihrer Ausbildung entspricht. Deswegen ist das für mich ein Versuch, so etwas wie eine Normalität zu simulieren, die aber völlig verquer ist. Wir brauchen mehr Geld für Gesundheit und Pflege, für Kitas und Schulen. Die Bundeswehr ist eine Institution, die ohne nachvollziehbaren Auftrag die Ressourcen des Landes verschwendet.

**Sehen Sie Signale, dass die Regierungskoalition da umdenken könnte?**

Im Gegenteil. Es ist total erschütternd, wie die die Koalition tragenden Parteien immer wieder gebetsmühlenartig das Aufrüstungsziel der NATO wiederholen, also den Anteil der Militärausgaben im Haushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU, geht in den USA auf Shoppingtour, um neue atomwaffenfähige Kampfbomber für die Bundeswehr zu beschaffen (jW berichtete) und will noch im Juni die Entscheidung über die Beschaffung von Kampfdrohnen treffen. Das sind alles Projekte, die den Bundeshaushalt für viele Jahrzehnte auf hohe Ausgaben festlegen. Im Bundestag erleben wir, dass für die Truppe immer Mittel da sind, für Belange der Kommunen oder bei sozialen Leistungen aber um jeden Cent gefeilscht wird. Mit dieser Logik muss endlich Schluss sein.

Interview: Kristian Stemmler



YANG GUANYU/XINHUA/DPA

**Erfolgreicher Test.** China hat am Dienstag seine leistungsstärkste Rakete vom neuen Typ »Langer Marsch 5 B« erfolgreich ins All gebracht. Der Prototyp für die künftige Generation bemannter Missionen hob vom Raumfahrtbahnhof Wenchang auf der südchinesischen Insel Hainan ab. Ein gelungener Test von Rakete und Astronautenkapsel ist eine wichtige Voraussetzung für das ehrgeizige Weltraumprogramm Chinas. So soll die Rakete neuen Typs bei der ersten chinesischen Marsmission zum Einsatz kommen, deren Start im Sommer geplant ist. Im Februar 2021 soll das Raumschiff den Planeten erreichen. (dpa/iW)

## Gegen Blackrock und Co.

Argentinien Gewerkschaften und Unternehmerverbände hinter Regierung

**S**owohl Argentinien größter Gewerkschaftsverband Confederación General del Trabajo (CGT) als auch die wichtigsten Industrie- und Landwirtschaftsverbände, Bank- und Handelsorganisationen des Landes haben sich am Montagabend (Ortszeit) geschlossen hinter die Entscheidung der Regierung gestellt, an ihrer Linie gegenüber den großen privaten Gläubigern festzuhalten. Diese hatten in großer Zahl nur Stunden zuvor das Vorhaben zum Schuldenumbau zurückgewiesen, durch den sie auf etwa 40 Milliarden Dollar aus dem Schuldzinsgeschäft verzichten müssten.

Während kleine Gläubiger, die argentinische Staatsanleihen halten, sich bereit erklären, auf das Angebot der Regierung einzugehen, blockieren mächtige Finanzfirmen wie Blackrock, Fidelity, Ashmore und Greylock einen Fortschritt

in den Verhandlungen zum Schuldenmoratorium. Ohne Einigung droht am 22. Mai eine Staatspleite. Dann läuft die von den Gläubigern gesetzte Frist aus, zu der diese dem argentinischen Staat 500 Millionen Dollar Zinszahlungen gestundet hatten.

Die Rückendeckung von seiten der argentinischen Arbeiterschaft sowie der großen Kapitalverbände des Landes bestärkt die Regierung in ihrer Forderung, Zinszahlungen von 2020 bis 2022 komplett auszusetzen und danach schrittweise zu erhöhen. Zusätzlich fordert sie eine Kürzung der Zinsen um 38 Milliarden Dollar und den Verzicht der Gläubiger auf 3,6 Milliarden Dollar – von einer Gesamtschuld von über 323 Milliarden Dollar.

Wirtschaftsminister Martín Guzmán hatte am Sonntag in der »Financial Times« geschrieben, gerade in Zeiten

von Corona könne man nicht weiter 20 Prozent der Staatseinnahmen für Zinszahlungen ausgeben. Die Gläubiger erklärten indes, ihnen würde ein unverhältnismäßig großer Verlust aufgebürdet, der weder angemessen noch gerechtfertigt sei.

Angesichts der Schuldenkrise und der sich verstärkenden Rezession zeigt sich die argentinische Unternehmerschaft derzeit ungewöhnlich kompromissbereit, auf Forderungen der Gewerkschaften einzugehen. Bereits in der vergangenen Woche hatte sie sich mit der CGT darauf geeinigt, dass aufgrund des Coronalockdowns suspendierte Arbeiter nicht entlassen werden dürfen und ihnen 75 Prozent Lohnfortzahlung zustehen. Nun wurde dieser Burgfrieden auch nach außen demonstriert – gegen die Forderungen der mächtigen Gläubiger. (Reuters/iW)

## NACHRICHTEN

### Polen: Reparationsgutachten unter Verschluss gehalten

**Warschau.** Eine polnische Parlamentskommission hat ihren Bericht zu den von Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg angerichteten Kriegsschäden zwar fertiggestellt, er wird aber bis auf weiteres unter Verschluss gehalten. Zu Details wolle man sich aber noch nicht äußern, sagte der bisherige Kommissionsleiter aus der Regierungspartei PiS, Arkadiusz Mularczyk, der dpa in Warschau, wie diese am Dienstag meldete. »Dafür kommt noch eine passende Zeit.« Der Bericht gilt als Grundlage für eine Entscheidung Warschaws über mögliche Reparationsforderungen an Deutschland. (dpa/iW)

### US-Kriegsschiffe in Barentssee

**Washington.** Erstmals seit Mitte der 1980er Jahre hat die US-Marine Kriegsschiffe in die Barentssee, ein Randmeer des Arktischen Ozeans nördlich von Norwegen und dem europäischen Teil Russlands, einlaufen lassen. Neben drei

US-Zerstörern und einem Hilfsschiff habe auch eine britische Fregatte an der Operation teilgenommen, erklärte die US-Marine am Montag (Ortszeit). An der Barentssee liegen wichtige Stützpunkte der russischen Nordflotte. Die US-Marine erklärte, das russische Verteidigungsministerium sei vergangenen Freitag darüber unterrichtet worden, um »Fehlannahmen zu vermeiden, das Risiko zu verringern und eine versehentliche Eskalation zu verhindern.« (dpa/iW)

### Lufthansa kündigt Entlassungswelle an

**Frankfurt am Main.** Der Lufthansa-Konzern hat auf der Hauptversammlung am Dienstag Bilanz gezogen. Keine 65 Tage habe es in der Coronakrise gedauert, bis das Unternehmen beim Flugaufkommen wieder auf das Niveau von 1955 zurückgeworfen worden sei, sagte Vorstandschef Carsten Spohr. Aus der Krise wolle er dennoch als Gewinner hervorgehen. Er sei weiterhin überzeugt, dass man die Verhandlungen mit dem Bund um eine Staatsbeteiligung bald zu einem

Abschluss bringen werde. Nach der Coronakrise werde es eine deutlich kleinere Lufthansa geben mit 100 Flugzeugen und 10.000 Stellen weniger. Mit den Gewerkschaften werde über Gehaltsverzicht verhandelt. (dpa/iW)

### »Vonovia« kassiert mit Mieten hohe Gewinne

**Frankfurt am Main.** Die Coronakrise geht fast spurlos an »Vonovia« vorbei. Der größte deutsche Wohnungskonzern baute den Gewinn im ersten Quartal deutlich aus und bestätigte die Prognosen für 2020. »Unser Geschäft ist glücklicherweise langweilig, stabil und berechenbar«, sagte Vorstandschef Rolf Buch am Dienstag. Eine Übernahme des Rivalen »Deutsche Wohnen«, über die zuletzt wieder spekuliert worden war, stehe derzeit nicht zur Debatte. Das operative Ergebnis nach Zinsen und Steuern legte von Januar bis März um 10,5 Prozent auf 335,5 Millionen Euro zu. Die Mieteinnahmen stiegen im selben Zeitraum um zwölf Prozent auf 564 Millionen Euro. (Reuters/iW)





# »In die Offensive kommen«

Poesie gegen dumpfen Nazispöch: Konzert zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Ein Gespräch mit Konstantin Wecker

»Das größte Glück war es, in ein antifaschistisches Elternhaus hineingeboren zu sein«: Konstantin Wecker ist Liedermacher, Komponist, Schauspieler und Autor

**Der 8. Mai ist bis heute kein gesetzlicher Feiertag. Esther Bejarano, Sängerin und Vorsitzende des Auschwitz-Komitees Deutschland, will das ändern, um mehr Raum zu schaffen für Gedanken an »die großen Hoffnungen der Menschheit«. Wie denken Sie darüber?**

Ich unterstütze Esther Bejaranos Vorstoß und meine, der 8. Mai sollte auch ein Tag des Friedens werden. Es gibt so viele eigenartige Feiertage – warum nicht endlich einmal einen wirklich vernünftigen?

**In antifaschistischer Kunst wird die Freude über die Befreiung meist durch den Schmerz an dem Grauen überdeckt, das sich zuvor ereignet hatte. »Da sind die Toten alle / Unsere gemordeten Brüder / Aufsteigend aus dem schwarzen Wasser der Nacht / Bis an das Herz, das wartet / Das nicht vergessen kann, das niemals vergisst«, heißt es etwa in einem Gedicht aus dem Jahr 1948 von dem Schriftsteller David Luschnat. Welche Gefühle überwiegen bei Ihnen?**

Auch bei mir ist es die Trauer über das entsetzliche Geschehen, die mich vor allem bewegt. Und ich halte es für unendlich wichtig, dass wir immer wieder auf die Dichter hören, die damals ihre Stimmen erhoben haben gegen die große Masse der Mitläufer. Vergessen wir sie, werden wir keinen Halt mehr finden für unseren Widerstand gegen die Bedrohung durch Enddemokratisierung und den »ewigen Faschismus«, wie Umberto Eco die fortdauernde Fremdenfeindlichkeit, den Machismo, die Verachtung für alles Zarte und Schwache etc. genannt hatte. Die Dichter machen uns Mut, wenn wir Angst haben, allein mit unserer Meinung dazustehen. Mich persönlich haben Erich Mühsam und Mascha Kaléko immer in meiner Haltung bestärkt, mich notfalls als Träumer, Spinner und Utopist verlachen zu lassen.

**Was vermag Poesie an Wahrheit gegen den Faschismus zu sagen, das Historiker und andere Wissenschaftler nicht aussprechen können?**

Poesie ist Widerstand, habe ich in meinem letzten Gedichtband »Auf der Suche nach dem Wunderbaren« geschrieben. Warum? Sie weckt etwas in den

Menschen, sogar bei den Herrschenden, die es auf dem Weg zur Macht weitgehend abgetötet haben: Mitgefühl. Und Zärtlichkeit: Damit meine ich auch und vor allem die Zärtlichkeit des Denkens. Dostojewski sagte einmal so schön: Die Welt soll durch Zärtlichkeit gerettet werden. Und warum wurden wohl 1933 die Bücher verbrannt? Auch weil sich die Sprache der Dichter nicht vereinbaren ließ mit dem dumpfen Nazispöch der damaligen Machthaber. Poesie geht in die Tiefe, berührt dich im Innersten, und sie lehrt uns, dass nichts zu Ende interpretierbar ist und man die Interpretationshoheit nie den Herrschenden überlassen darf.

**Bedarf es deshalb nicht vor allem einer kämpferischen Kultur von unten, aus der die Unterdrückten mentale Kraft schöpfen können, sich zu wehren?**

Ja, allein schon, um all denen, die jetzt in der Coronakrise besonders wenig Zuspruch haben – den Geflüchteten, den Armen und Obdachlosen, den Gefängnisinsassen – zu zeigen, dass sie nicht allein sind. Das ist auch einer der Gründe, weshalb ich am 9. Mai zum 75. Jahrestag der Befreiung gratis ein Livekonzert geben und streamen werde.

**Was genau haben Sie für den 9. Mai geplant?**

Ich werde zusammen mit meinen großartigen Musikern Johannes Barnikel und Fany Kammerlander viele meiner antifaschistischen Lieder aus den letzten 40 Jahre spielen, beispielsweise »Die weiße Rose«, »Vaterland« und ein Lied aus der »Mauthausen-Kantate« von Mikis Theodorakis, der via Skype ein Grußwort an uns richten wird. Als Gäste werden Tamara Banez und Sarah Straub auftreten, zwei Sängerinnen meines Labels »Sturm und Klang«. Zugeschaltet werden auch Karla Lara, eine honduranische Sängerin und Aktivistin der indigenen und territorialen sozialen Bewegungen – und zu meiner besonderen Freude auch Esther Bejarano. Sie wird uns noch einmal auf ihre unvergleichlich eindringliche Art erklären, warum wir das, was geschehen ist, niemals vergessen dürfen.

**Sie sind schon häufig mit Esther Bejarano aufgetreten, beispielsweise 2019 auf der M&R-Künstler-**

**konferenz in Berlin. Was bedeutet Ihnen diese Zusammenarbeit?**

Esther Bejarano ist eine bewundernswerte Frau. Wer ihr schon einmal nahe sein durfte, der ist elektrisiert von ihrer Menschenliebe und der Leidenschaft, mit der sie für eine Welt ohne Hass und Hetze kämpft. Obwohl ihr in Auschwitz Schreckliches widerfahren war, ist sie nicht verbittert, sondern sie spornt uns – alle, die das Grauen nicht selbst erleben mussten – an, uns zu engagieren. Bei meinem letzten Konzert in Hamburg war sie im Publikum. Als ich sie vorstellte, sprangen die fast 2.000 Menschen im Saal vor Begeisterung auf, um ihr zu applaudieren.

**Um die antifaschistischen Liedermacher ist es in den vergangenen Jahrzehnten still geworden ...**

In den 60ern und 70ern wurden bekannte linke Liedermacher wie Degenhardt, Süverkrüp und Wader noch sehr oft im Rundfunk gespielt – selbst mein »Willy«, ein Lied, das eigentlich untauglich fürs Radio ist, weil auf bayerisch gesungen und zu lang. Mit der Einführung der Privatsender 1984 hat sich sehr vieles geändert, auch die neoliberalen Denkfabriken haben hart an der Verblödung mitgearbeitet. Aber ich glaube, heute haben antifaschistische Bands und kritische Songwriter durch die sozialen Netzwerke ganz andere Möglichkeiten, ihre Musik zwar nicht an die große Masse, aber an ein wirklich interessiertes Publikum zu bringen. Auch wenn man in den großen Medien nichts davon erfährt – es gibt durchaus sehr spannende antifaschistische Bands. Ich bin auch in engem Kontakt mit jungen Künstlern, wie Roger Stein und Shekib Mosadeq, die die so wichtige Tradition der widerständigen Kunst weiterführen. Diese gilt es zu fördern, und da bin ich gerne dabei.

**Sie sind sehr früh zum Antifaschisten und Antimilitaristen sozialisiert worden. Was ist das Wichtigste bei einer »Erziehung nach Auschwitz«, wie sie die 68er gefordert hatten?**

Heute, im Alter, glaube ich sagen zu können, ich hatte sehr viel Glück in meinem Leben – das größte Glück war es, in ein antifaschistisches Elternhaus hineingeboren zu sein. Mein Vater und meine Mutter waren keine Widerstandskämpfer, aber sie widerstanden dem Wahnsinn. Schon als kleiner Junge konnte ich mit ihnen über alles sprechen, während

die Eltern der meisten meiner Schulfreunde aus Scham schwiegen. Und als wir 1968 gegen die alten Nazis aufstanden, die sich noch in Wirtschaft und Politik tummelten, musste ich nicht gegen meine Eltern, sondern konnte mit ihnen demonstrieren. Antifaschistische Erziehung muss eine aufklärerische sein, gegen den bedingungslosen Gehorsam, eines der Grundübel der schrecklichen Zeit damals. Wie der polnische Pädagoge Janusz Korczak so richtig sagte: »Die Welt reformieren heißt, die Erziehung reformieren.«

**Der gegenwärtige Coronanotstand verschärft, wie alle Krisen in der kapitalistischen Gesellschaft, das sozialdarwinistische Ausleseprinzip des Marktes. Welche Antwort müssen linke Künstler darauf geben – ist es jetzt nicht höchste Zeit, endlich wieder in die Offensive zu gehen?**

In meinem »Willy 2020«, den ich neulich in meinem Onlinefriedenskonzert am 11. April zum ersten Mal gesungen habe, sage ich: »Wir müssen aufpassen, Willy, höllisch aufpassen. Aber vielleicht bin ich ja jetzt meinem Traum, meiner Utopie von einer herrschaftsfreien, liebevollen und solidarischen Welt näher als jemals zuvor? Meinem Traum von einer Gesellschaft ohne Ausbeuter und neoliberale Profiteure, ohne Waffenhändler, autoritäre Populisten und ohne all die Faschisten, Rassisten, Sexisten, Nationalisten und Kriegstreiber. Es reicht – endgültig!« Kunst kann den Menschen in solchen Zeiten Kraft geben, und das soll sie auch. Vielleicht begreifen jetzt ja viele, möglicherweise zum ersten Mal in ihrem Leben, was der Kapitalismus uns für ein unglaublich ungerechtes System aufgezwungen hat? Ja, wir müssen in die Offensive kommen. Und die Lähmung, die man im Moment noch spürt, dieses unsichere Abtasten wird sich hoffentlich bald in eine breite Bewegung des globalen Widerstands der Unterdrückten verwandeln. Ich wünsche mir so sehr, dass ich mit meinen Liedern und Gedichten etwas dazu beitragen kann.

**Interview: Susann Witt-Stahl**

■ Livestream zum Konzert am 9. Mai: [www.youtube.com/user/Weckerswelt](https://www.youtube.com/user/Weckerswelt)

■ Friedenskonzert 11. April: [kurzlink.de/Friedenskonzert11Apr](https://kurzlink.de/Friedenskonzert11Apr)

## ■ Dokumentiert Offener Brief

■ Mit einem Offenen Brief unter dem Titel »Aufgehoben ist nicht aufgehoben: Den 8. Mai in Berlin auch 2021 als Feiertag begehen!« hat sich die Berliner VVN-BdA am 1. Mai an den Senat der Hauptstadt gewandt. Darin heißt es: Der 75. Jahrestag der Befreiung ist in Berlin in diesem Jahr einmalig ein offizieller Feiertag und arbeitsfrei. Das ist eine gute Geste, aber doch ein bisschen wenig – feiern kann und sollte mensch die Befreiung und den Frieden doch in jedem Jahr. Und das nicht nur in Berlin. Das fordert die VVN-BdA auch in ihrer aktuellen Petition an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, Bundesratspräsidenten Dietmar Woidke und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Berlin könnte mit gutem Beispiel vorangehen: Gerade in Berlin hat das Coronavirus das offizielle Gedenken von Bundestag und Bundesregierung, Abgeordnetenhaus und Senat, aber auch von zahlreichen Parteien und Initiativen fast zum Erliegen gebracht. Dabei hätte es ein eindrucksvoller Tag werden sollen. Deshalb fordern wir den Berliner Senat auf, seine Initiative, den 8. Mai als Feiertag zu begehen, im Jahr 2021 zu wiederholen. 8. Mai, Tag der Befreiung, arbeitsfrei auch 2021.

Die politischen Mehrheitsverhältnisse sollte es doch dafür geben. Dann könnten auch alle Pläne, die in diesem Jahr geplätzt sind, doch noch verwirklicht werden. Es wäre die Gelegenheit zu demonstrieren, wie wichtig für unsere Demokratie dieser Feiertag wirklich ist. Von Berlin nahm der Naziterror seinen Anfang, und hier endete er. Gerade hier muss die Befreiung, der erste Tag des Friedens, gefeiert werden.

Überlegen Sie, wen die Stadt Berlin im kommenden Jahr aus In- und Ausland einladen und zu Worte kommen lassen könnte. Fragen Sie uns, wir haben Ideen, aber auch im nächsten Jahr nicht unbedingt das Geld.

Und: Es wäre eine der allerletzten Gelegenheiten, die letzten überlebenden Befreierinnen und Befreier, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Befreiten zu Wort kommen zu lassen. Würdigen Sie das Wirken und (Über)leben dieser Menschen und der Generationen, die nach ihnen kamen. Und setzen Sie ein Zeichen unseres Dankes bei den Alliierten!

Darüber hinaus wäre ein Feiertag am 8. Mai 2021 eine schöne Geste, um sich bei all jenen mit einem arbeitsfreien Tag zu bedanken, die in diesem Jahr die Last des Corona-Ausnahmezustandes besonders stark zu tragen haben: Den Verkäuferinnen und Verkäufern, Transportarbeiterinnen und Transportarbeitern, Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern, Ärztinnen und Ärzten – all jenen, die nicht ins Homeoffice abtauchen konnten.

Machen Sie aus dem 8. Mai 2021 ein Fest der Befreiung und der Demokratie!

■ <http://change.org/8Mai>



**Zitat des Tages**

*Nach den zunehmenden Anfeindungen gegenüber AfD-Politikern in der letzten Zeit musste ich den Schritt gehen.*

Robert Lambrou (AfD), Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, erklärte laut Bericht des *Hessischen Rundfunks* vom Dienstag, warum er nun einen zuvor als »Luxusschlitten« abgelehnten Dienstwagen nutzt.

**Erneut Drohschreiben mutmaßlicher Neonazis**

**Berlin.** Erneut haben mutmaßliche Neonazis Morddrohungen gegen Politiker, die Justiz und auch gegen Journalisten in der BRD verschickt. Das bestätigte am Dienstag die Polizei in Berlin. Laut einem Bericht des »Redaktionsnetzwerks Deutschland« (RND) seien in der vergangenen Woche gleichlautende und mit »Staatsstreicherorchester« gezeichnete E-Mails unter anderem an zwei Bundestagsabgeordnete, je einen Landtagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern und Bayern, die Staatsanwaltschaft Schwerin – welche zum rechtsterroristischen »Nordkreuz«-Netzwerk ermittelt – sowie neun Redaktionen verschickt worden. Darin heiße es, die Absender hätten ausreichend Munition, um jeden der Adressaten zu »liquidieren«. (AFP/iW)

ANZEIGE



## Magazin für antifaschistische Politik und Kultur der VVN-BdA [antifa.vvn-bda.de]

**Beiträge Mai/Juni 2020** ■ Regina Girod Solidarität als Wert ■ Reinhold Weismann-Kieser Seuchennotstand ■ Ulrich Schneider Der 8. Mai 1945 ■ Janka Kluge Identitäre am Ende? ■ Kevin Schal Through Darkest Times ■ Günter Pappenheim 75 Jahre nach der Befreiung ■ Heinrich Fink Bonhoeffer warnte früh ■ Axel Holz Antifaschismus in der DDR ■ Nora Winter Das Prinzip Geheimdienst ■ Thomas Willms Covid-19 Verschwörung

Hiermit bestelle ich **antifa** zum nächstmöglichen Termin. *antifa* erscheint alle zwei Monate, Jahresabo € 21,00 bzw. € 10,50 ermäßigt für Schüler, Azubis und Studenten (Nachweis).

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_ Ort, Datum \_\_\_\_\_  
 Bitte einsenden an: Redaktion *antifa*,  
 Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin,  
 Tel. 030-55579083-2 / Fax 030-55579083-9  
 oder online bestellen auf antifa.vvn-bda.de  
 Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

# Wachsender Platzbedarf

Stuttgart: Demo gegen pandemiebedingte Einschränkungen mit Zulauf. Partei für »Widerstand gegen Coronamaßnahmen« gegründet. **Von Tilman Baur**

Die Kundgebungen der Stuttgarter Initiative »Querdenken 711«, die sich gegen die Einschränkungen wegen der Coronapandemie richten, nehmen immer größere Ausmaße an. Gestartet war die von IT-Unternehmer Michael Ballweg gegründete Initiative vor einem Monat mit weniger als 50 Teilnehmern (siehe *jW* vom 30.4.2020). Am vergangenen Samstag strömten zur vierten Ausgabe der »Mahnwache Grundgesetz« – so der offizielle Titel der Kundgebung – bereits rund 5.000 Menschen auf den Cannstatter Wasen, das größte Veranstaltungsgelände der baden-württembergischen Landeshauptstadt.

Dort findet traditionell das Cannstatter Volksfest statt, das zweitgrößte nach dem Oktoberfest, dessen 175. Ausgabe in diesem Jahr jedoch ebenso wie die Münchner Wiesen ausfällt. Die Stadtverwaltung hatte im Laufe der vergangenen Woche zunächst erwogen, die Kundgebung vom Schlossplatz auf den etwas größeren Marktplatz zu verlegen. Angesichts der geltenden Abstandsregelungen, die mehr Platz für Kundgebungen nötig machen, und des stetig wachsenden Zulaufs entschieden die Behörden sich schließlich für das 25 Hektar große Festgelände.

Auch wenn die jüngste Teilnehmerzahl von Veranstalter Ballweg stammt, ist ein deutlicher Anstieg der Zahlen unbestreitbar. Für den kommenden Samstag rechnet der Unternehmer sogar



Mit Abstand: Demonstranten auf dem Cannstatter Wasen am vergangenen Samstag

mit 10.000 Demonstranten. Das Spektrum der Teilnehmer ist breit, es reicht dem Augenschein nach von gänzlich »unpolitischen«, von den Folgen des »Lockdowns« direkt finanziell betroffenen Gewerbetreibenden, die um ihre wirtschaftliche Existenz fürchten, bis hin zu Funktionären und Landtagsabgeordneten der AfD, die die Veranstaltung nutzen, um politisch zu agitieren.

Eine von linken Initiativen organisierte Gegendemonstration wurde am Samstag von 200 Einsatzkräften der Polizei abgedrängt. Formal nahm die Veranstaltung erstmals Züge einer

normalen Kundgebung mit Redebeiträgen an. In den Wochen zuvor hatte sich Ballweg darauf beschränkt, die Versammlungsordnung, die er vorher auf Band gesprochen hatte, über einen

„Viele Transparente ließen darauf schließen, dass ein beachtlicher Teil der Teilnehmer aus dem Milieu der Impfgegner kommt.“

## Der richtige Zeitpunkt

Coronakrise: Ministerpräsidenten profilieren sich mit Initiativen zu Lockerungen

Bereits vor der Schaltkonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ministerpräsidenten der Länder am Mittwoch preschten am Montag und Dienstag mehrere Bundesländer vor und kündigten weitere Lockerungen von Beschränkungen wegen der Coronapandemie an. So stellte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), der im März besonders harte Maßnahmen verhängt hatte, am Dienstag eine weitreichende Lockerung in Aussicht. »Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für ein vorsichtiges Öffnen. Die Erfolge sind eindeutig«, sagte Söder nach einer Kabinettsitzung in München.

Die strengen Ausgangsbeschränkungen in Bayern werden ab sofort gelockert. Es ist wieder erlaubt, eine Person außerhalb des eigenen Hausstands und auch enge Familienangehörige zu treffen oder zu besuchen. Menschenansammlungen im Freien bleiben aber

verboten. Am kommenden Montag dürfen alle Geschäfte in Bayern wieder öffnen; die Beschränkung auf Läden mit einer Verkaufsfläche von maximal 800 Quadratmetern entfällt. Auch Gaststätten und Hotels dürfen schrittweise wieder aufmachen: Außenbereiche am 18. Mai, Speiselokale im Innenbereich am 25. Mai, Hotels am 30. Mai. In Bayern sind laut Söder aktuell nur noch rund 6.400 Menschen durch den Coronavirus erkrankt. Im Vergleich zur vergangenen Woche habe sich die Zahl der Erkrankten halbiert.

Zuvor hatte bereits Sachsen-Anhalt seine Kontaktbeschränkungen gelockert. Niedersachsen hatte angekündigt, dass gastronomische Betriebe ab Montag unter Einhaltung von Hygieneregeln wieder öffnen dürfen. Mecklenburg-Vorpommern hatte die Öffnung seiner Hotels für Ende Mai angekündigt. In Hessen soll am 18. Mai für zahlreiche weitere Schüler der Unterricht in ein-

gestrichelter Form wieder beginnen. Darunter sind die Viertklässler und viele Schüler an weiterführenden Schulen. Die übrigen Grundschüler sollen am 2. Juni in die Klassenräume zurückkehren, wie das Kultusministerium am Dienstag auf Anfrage in Wiesbaden mitteilte.

Bei ihrer »Schalte« am Mittwoch wollen Merkel und die Ministerpräsidenten über weitere Lockerungen der Coronamaßnahmen beraten. In der Debatte dürften mehrere Faktoren eine Rolle spielen, so die Reproduktionszahl, die angibt, wie viele Menschen ein Infizierter ansteckt. Wichtig ist auch die Zahl der registrierten Neuinfektionen, die drastisch gesunken ist. Waren es an einigen Tagen Anfang April noch rund 6.000, so wurden dem Robert-Koch-Institut in den vergangenen Tagen nur rund 700 bis 1.600 neue Coronavirusfälle pro Tag gemeldet. Es gibt allerdings eine hohe Dunkelziffer. **Kristian Stemmler**

Ludwig, der laut eigenem Bekunden in Leipzig und auf Mallorca lebt, begründete sein politisches Engagement wie folgt: »Ich bin ein Mensch, der an die Freiheit und an die Selbstverantwortung der Menschen glaubt.« Der Blick nach Schweden zeige ihm, dass seine Intuition richtig sei. Kritische Äußerungen Ludwigs über einen von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erwogenen Corona-Immunitätspass riefen frenetischen Jubel im Publikum hervor. Viele Transparente ließen darauf schließen, dass ein beachtlicher Teil der Teilnehmer aus dem Milieu der Impfgegner kommt, das in Baden-Württemberg nicht gerade klein ist (und übrigens bei den Grünen, der Partei von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, traditionell gut vertreten ist).

Auch die Gründer von »Widerstand 2020« hatten sich schon im Vorfeld der Demo gegen eine Impfpflicht ausgesprochen. Das dritte Gründungsmitglied Bodo Schiffmann, der im badischen Sinsheim eine sogenannte Schwindelambulanz betreibt, verbreitet auf seinem Youtube-Kanal krude Theorien. Unter anderem behauptet er, in Italien gebe es keine Coronakrise, und Frankreich wende bei über 80jährigen aktive Sterbehilfe an. Belege führt der Arzt dafür freilich nicht an.



# »Grazie, Cuba!«

**Der Kampf um das Gesundheitswesen ■ Teil 9: Kubas Versorgungswesen ist eine Alternative – und gerade heute von unschätzbarem Wert für die Menschheit. Von André Scheer**

■ Mit der Coronapandemie treten die Folgen ungebremsen Profitstrebens offen zutage: Klinikprivatisierungen, Fallpauschalen, Personal- und Bettenmangel – der neoliberale Raubzug hat das öffentliche Gesundheitssystem zerstört. Diese zehnteilige jW-Serie zeigt Profiteure, Widerstand gegen Kürzungswahn und gesellschaftliche Alternativen. (jW)

Anfang vergangenen Jahres erschien in der *New York Times* ein Artikel unter der Überschrift »Was wir von Kubas Gesundheitssystem lernen können«. In dem Beitrag konstatiert Nicholas Kristof am Beispiel einer damals 29jährigen Kubanerin, dass deren Baby »größere Chancen zum Überleben hat, als wenn es in den Vereinigten Staaten geboren worden wäre«. Kuba sei »ein armes Land mit einem Unterdrückerregime und einer dysfunktionalen Wirtschaft«, aber die Kindersterblichkeit liege auf der Insel bei 4,0 auf 1.000 Lebendgeburten, in den USA bei 5,9 – »mit anderen Worten hat nach den offiziellen Statistiken ein US-Baby eine um fast 50 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit zu sterben als ein kubanisches«.

Zwar zweifelt das Blatt die offiziellen Statistiken an, zitiert aber den Begründer der Hilfsorganisation »Partners in Health«, Paul Farmer: »Kubas Familien werden von Krankheiten oder katastrophalen Verletzungen nicht in den finanziellen Ruin getrieben, wie es an anderen Orten der Region häufig passiert«. Der Grund dafür ist das Gesellschaftssystem auf der Insel, wie Präsident Miguel Díaz-Canel am 16. April bekräftigte, als sich zum 59. Mal die US-Invasion in der Schweinebucht und die Proklamation des sozialistischen Charakters der Kubanischen Revolution durch Fidel Castro jährte.

Ein Beispiel dafür ist, dass Kuba bei Katastrophen und Epidemien regelmäßig zu den ersten Staaten gehört, die die entsprechenden Regionen unterstützen. Das war während der Ebolaepidemie in Afrika der Fall, und das ist so bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Schon Anfang April meldete die US-Nachrichtenagentur *Associated Press*, dass Hunderte Ärztinnen und Ärzte aus Kuba den von diesen Coronavirusinfek-



Internationale Solidarität ganz praktisch: Kubanische Ärzte auf dem Weg nach Italien (Havanna, 21.3.20)

tionen besonders betroffenen Gebieten bzw. Ländern zu Hilfe geeilt seien – darunter der italienischen Lombardei und Andorra. Dessen Außenministerin María Ubach wies Kritik Washingtons am Einsatz der Kubaner zurück: »Wir sind ein souveränes Land und können selbst die Partner wählen, mit denen wir zusammenarbeiten«. Und Italiens Außenminister Luigi Di Maio veröffentlichte Mitte April ein Foto, das die Ankunft eines zweiten Kontingents kubanischer Medizinerinnen und Mediziner in Turin zeigt. Sein Kommentar: »Danke, Kuba!«

In Kuba sind seit 1983 Familienarztpraxen eine wichtige Säule des Gesundheitssystems. Die Einrichtungen befinden sich mitten in den Vierteln, deren Einwohner sie betreuen. Alle Nachbarn wissen, an wen sie sich wenden können, wenn es irgendwo weh tut – und die Ärztinnen und Ärzte selbst sind so sehr Teil der Gemeinschaft, dass es ihnen auffällt, wenn sie jemanden länger nicht gesehen haben.

Das ist gerade in der aktuellen Krise von unschätzbarem Wert, denn immer wieder sind es die Familienärzte, die Fälle entdecken, bei denen der Verdacht einer Ansteckung mit dem neuartigen Coronavirus besteht. Nach Geld wird in solchen Fällen nicht gefragt. Das

war schon in den 1990er Jahren nicht anders. Davon konnte sich der Autor bei einer Solidaritätsbrigade auf der Insel selbst überzeugen: Damals hatte sich einer unserer älteren Brigadisten wohl übernommen und war zusammengebrochen. Er wurde umgehend ins Krankenhaus der Hafenstadt Matanzas gebracht, wo er auf einer Station zur Intensivbeobachtung lag. Selbst nachts waren dort mindestens zwei Schwestern präsent, um im Bedarfsfall sofort reagieren zu können.

Als es ihm besser ging, bat er mich um Hilfe bei der Übersetzung: Er hätte gerne eine Rechnung, um sie zu Hause bei der Krankenkasse einzureichen und Kuba die entstandenen Kosten zu erstatten. Es gelang mir nicht, dem medizinischen Personal klarzumachen, was wir

wollten. Den Ärztinnen und Schwestern war es einfach unbegreiflich, eine Rechnung für ihre Arbeit ausstellen zu sollen. Ich habe nie die Frage vergessen, die mir eine Ärztin damals stellte: »Welchen Preis soll denn ein Menschenleben haben?«

Inzwischen hat auch Kuba dazulernen müssen. Von ausländischen Besuchern wird inzwischen verlangt, eine Krankenversicherung nachweisen zu können. Zumindest kann die Insel so die materiellen Kosten für die Behandlung geltend machen – und die sind oft höher als anderswo, weil der Erwerb medizinischer Geräte und anderer Materialien durch die von den USA seit Jahrzehnten verhängten Blockaden erschwert und damit verteuert wird. Trotzdem machen die Summen, die am Ende auf den Rechnungen der ausländischen Patienten auftauchen, meist nur ein Bruchteil dessen aus, was in den jeweiligen Heimatländern verlangt werden würde. Solidarität ist eben ein Wert, der sich nicht in Zahlen ausdrücken lässt.

■ Lesen Sie morgen Teil 10 (Schluss): »Von China lernen« von Marc Püschel  
■ Die komplette Serie online: [jungewelt.de/amlimit](http://jungewelt.de/amlimit)



## Zoff um Lohnuntergrenze

Unternehmerverbände torpedieren Gewerkschaftsforderung nach zwölf Euro Mindestlohn

Beschäftigte, die nur den Mindestlohn erhalten, trifft die Wirtschaftskrise hart. Wer von ihnen zu den inzwischen mehr als zehn Millionen gemeldeten Kurzarbeitern gehört oder arbeitslos geworden ist, hat schnell ein Problem. Denn auch bei Vollzeitarbeit liegen die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit (BA), die für Alleinstehende 60 Prozent und für Betroffene mit Kindern 67 Prozent des Nettoentgeltes betragen, unter der Armutsgrenze. Eine höhere Lohnuntergrenze von zwölf Euro muss her, fordern die Gewerkschaften mit Blick auf eine geplante Tagung der Mindestlohnkommission im Juni. Doch erwartungsgemäß torpediert die Wirtschaftslobby den Vorstoß. In einer am Dienstag veröffentlichten Stellungnahme für die Unternehmenseite im

Gremium, die jW vorliegt, warnt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln vor »negativen Beschäftigungseffekten« in der Krise.

Im Jahr 2015 wurde nach heftigem Widerstand der Unternehmensverbände erstmals ein Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Seither stieg er in Kleinstschritten auf nunmehr 9,35 Euro. Für auskömmliche Renten und Versicherungsleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit reicht das nicht. In der aktuellen, durch die Coronapandemie verstärkten Wirtschaftskrise spüren das viele Beschäftigte. »Menschen brauchen armutsfeste Löhne, die liegen in Deutschland nun mal bei zwölf Euro«, zitierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) am Dienstag den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes

(DGB), Reiner Hoffmann. Er sieht »keinen Grund dafür, dass wir den Gürtel enger schnallen«.

In einem Interview mit dem *Bayerischen Rundfunk* am 1. Mai begründete Hoffmann seine Forderung mit der wirtschaftlichen Lage in der Krise: »Wir laufen in eine Situation hinein, in der die Kaufkraft stärken müssen und die Nachfrage, damit die Binnenkonjunktur nicht völlig einbricht.« So könnten Menschen mit geringen Löhnen keinen Beitrag dazu leisten, die Wirtschaft zu stabilisieren. »Schon jetzt ist das Konsumverhalten wegen kargen Löhnen zurückgegangen«, so Hoffmann.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, deren Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter in der Mindestlohnkommission sitzt,

warf dem DGB hingegen vor, mit der Forderung nach einer drastischen Anhebung der Mindestlöhne Arbeitsplätze zu gefährden, und führte dabei »kleine und Kleinstbetriebe« ins Feld. Diese These versucht auch das IW Köln in seiner Stellungnahme zu untermauern.

Interessanterweise markiert der Lobbyverband ein Grundproblem der kapitalistischen Produktionsweise: Durch Erhöhung des Mindestlohns seien Preissteigerungen zu erwarten, weshalb die Mindestlöhner am Ende nicht mehr Kaufkraft hätten. Und ohnehin, so das IW, seien Betroffene in Wahrheit gar nicht einkommensarm. Begründung: »In der amtlichen Statistik lässt sich kein Einfluss des Mindestlohns auf die Armutgefährdungsquote von Arbeitnehmern erkennen.« Susan Bonath

### Studie: Wenige Branchen ohne Kurzarbeit

München. Nur wenige Branchen in Deutschland sind nach einer Untersuchung des unternehmerischen Münchner Ifo-Instituts in der Coronakrise nicht von Kurzarbeit betroffen. Dazu zählten etwa Energieunternehmen, Wasserbetriebe und Pharmakonzerne. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer seien mit drei Prozent der Betriebe von Kurzarbeit kaum betroffen, teilte das Institut am Dienstag als Ergebnis seiner Erhebung mit. Zum Vergleich: In der Gastronomie haben 99 Prozent der Unternehmen Kurzarbeit angemeldet. (jW)

### BGH: Erstes Verfahren im VW-Dieselskandal

Karlsruhe. Besitzern von VW-Autos könnte nach Auffassung des Bundesgerichtshofs (BGH) Schadenersatz wegen des Dieselskandals zustehen. Die obersten Richter zeigten sich am Dienstag in einer vorläufigen Einschätzung skeptisch gegenüber der Darstellung von Volkswagen, Besitzern von Kfz mit Dieselmotor sei durch die unzulässige Abgas-technik in ihren Fahrzeugen kein Schaden entstanden. Konkret geht es in dem Verfahren um die Klage eines Besitzers, der seinen Pkw zurückgeben will und dafür den vollen Kaufpreis fordert. Es ist das erste BGH-Verfahren zum VW-Dieselskandal. (dpa/jW)

### Verdi: Behinderung von Betriebsratsarbeit

Bremen. Verdi hat Strafanzeige gegen den Niederlassungsleiter des Logistikunternehmens »Dachser Food Logistics« Bremen gestellt, teilte die Gewerkschaft am Dienstag mit. Sie wirft diesem »Behinderung der Betriebsratsarbeit« vor. Der Manager habe im September 2018 zunächst eine Herabstufung des Betriebsratsvorsitzenden vom Lagerleiter zum Azubibeauftragten angeordnet. Gleichzeitig sei damaligen Betriebsratsmitgliedern eine Entgelterhöhung angeboten worden, wenn sie das Gremium verlassen würden. (jW)

[jungewelt.de](http://jungewelt.de)

**Die Beste unter den Links.**

Jetzt das junge Welt-Onlineabo bestellen: [jungewelt.de/onlineabo](http://jungewelt.de/onlineabo)



## Kommandant der Taliban in Afghanistan getötet

**Masar-i-Scharif.** Ein ranghoher Kommandant der Taliban, Mullah Yaqub, ist zusammen mit 15 weiteren Islamisten am Dienstag getötet worden. Militärflugzeuge hätten eine Versammlung in der nordafghanischen Provinz Balch angegriffen, wie der zuständige Armeesprecher, Mohammed Hanif Resai, mitteilte. Das könne ein großer Rückschlag für die Taliban in der Region sein. Derweil bestätigte der Sprecher des afghanischen Sicherheitsrats, Dschawid Faisal, gegenüber *dpa* am Dienstag, dass seit Sonnabend rund 300 inhaftierte Taliban entlassen wurden. Der Gefangenenaustausch war als Vorbedingung für innerafghanische Friedensgespräche Teil des Abkommens, das die USA mit den Taliban am 29. Februar in Doha (Katar) unterzeichnet hatten. (Xinhua/dpa/jw)

## Belarus hält an Parade zum 9. Mai fest

**Minsk.** Staatschef Alexander Lukaschenko will trotz Pandemie auch internationale Gäste zur Siegesparade 75 Jahre nach der Niederschlagung des deutschen Faschismus nach Belarus einladen. »Es wäre schon richtig, in Minsk zusammenzukommen«, sagte der Präsident am Dienstag der Agentur *Belta* zufolge. Sein Land sei als einer der ersten Staaten angegriffen und auch verwüstet worden. »Wir sind ein lebendiges Denkmal für diesen Krieg.« Zumindest die Staatschefs der Länder der ehemaligen Sowjetunion sollten am 9. Mai in Minsk feiern. Zuvor hatte Lukaschenko betont, die Parade auf keinen Fall abzusagen. (dpa/jw)

# Labour-Linke weiter geschwächt

Großbritannien: Corbyn-Vertraute gibt Posten als Generalsekretärin auf. Blairisten euphorisch. **Von Christian Bunke, Manchester**

Am Montag ist die seit 2018 amtierende Generalsekretärin der britischen Labour-Partei, Jennifer Formby, zurückgetreten. Die Politikerin galt als Vertraute des früheren Labour-Chefs Jeremy Corbyn und sah sich während ihrer gesamten Amtszeit zahlreichen Intrigen aus dem vom rechten Parteiflügel dominierten Hauptamtlichenapparat der Parteizentrale ausgesetzt. Corbyn-Nachfolger und neuer Labour-Chef Keir Starmer soll direkt nach seinem Wahlsieg im April Formbys Rücktritt verlangt haben. Das berichteten am Montag sowohl linke Nachrichtentportale wie *The Canary* oder *Novara Media* als auch die *Financial Times*.

Die Suche nach einem neuen Generalsekretär wird durch den Skandal rund um den geleakten Bericht über die Machenschaften der Labour-Hauptamtlichen überschattet (siehe *jW* vom 16. April). Starmers Wunschkandidatin ist nach unbestätigten Informationen die stellvertretende Generalsekretärin der Großgewerkschaft Unison, Emilie Oldknow, die dem Bericht zufolge die Rolle einer führenden Intrigantin gegen Corbyn spielte. Sie soll an regelrechten Hetzjagden gegen linke Parteimitglieder mitgewirkt und regelmäßig durch rassistische und sexistische Bemerkungen gegen missliebige Funktionäre und Politikerinnen aufgefallen sein. Oldknow selbst droht derzeit britischen Publikationen mit Klage, wenn sie den geleakten Bericht veröffentlichen und daraus zitieren.

Formbys Rücktritt bedeutet eine weitere Schwächung der Parteilinken. Im Parteiapparat hat der linke Flügel inzwischen fast jede wichtige Position verloren. Der neue, im April gewählte Vorstand wird vom rechten Flügel



Zu großer Druck des rechten Parteiflügels: Labour-Generalsekretärin Jennifer Formby gibt auf (Foto: Liverpool, 23.9.2018)

dominiert. Im blairistischen Lager macht sich Euphorie breit. So kommentierte die Labour-Abgeordnete Margaret Hodge Formbys Rücktritt via Twitter mit den Worten: »Jetzt gibt es die Chance, mit den vergangenen vier Jahren abzuschließen, das Vertrauen in Labour wiederherzustellen, den Parteiapparat zu professionalisieren und den Antisemitismus für immer aus unseren Reihen zu löschen.« Hodge hatte unter den New-Labour-Regierungen bis 2010 verschiedene Ministerposten inne.

Während die Blairisten feiern, fürchten linke Kräfte, dass Labour-

Chef Starmer den geleakten Bericht über die skandalöse Parteintrige unter den Teppich kehren will. Vorgangene Woche beschloss der Parteivorstand die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung des Berichts. Teil dieses Komitees ist auch die Oberhausabgeordnete Deborah Wilcox. Sie ist erklärte Unterstützerin der blairistischen Parteiströmungen »Progress« und »Labour First«, die bei den jüngsten Vorstandswahlen Kandidaten des rechten Flügels offen unterstützen. Inzwischen existiert eine Onlinepetition, die ihre Entfernung aus dem Gremium fordert, weil Wilcox in einer haupt-

sächlich gegen das blairistische Lager gerichteten Untersuchung in einem Interessenskonflikt stehe.

Die Parteivorstandsmitglieder hatten laut einem Tweet des Gründers des linken »Momentum«-Netzwerks, Jon Lansman, keine Gelegenheit, die Eignung der für das Komitee vorgesehenen Kandidaten zu prüfen. Die Namen seien den Vorstandsmitgliedern am Tag der Sitzung vorgelegt worden. Der Vorschlag, mit dem Oberhausabgeordneten Alf Dubs einen Vertreter des linken Parteiflügels in das Komitee zu berufen, wurde von der rechten Mehrheit niedergestimmt.

ANZEIGE

Vor dem Hintergrund der sich weiter ausbreitenden Coronapandemie unterstützen wir die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, einen weltweiten Waffenstillstand zu vereinbaren. Eine Idee, die inzwischen von mindestens 70 Staaten unterstützt wird.

Zugleich schließen wir uns den Forderungen zahlreicher Regierungen und Organisationen nach Beendigung der Sanktionspolitik an, die inzwischen ein Drittel der Menschheit betrifft. Vor allem Venezuela, Kuba, Syrien, Nicaragua, Iran, Palästina, Jemen, Nordkorea und Simbabwe waren bereits vor der Pandemie massiv von Sanktionen betroffen, und jetzt hat sich die Lage noch weiter zugespitzt. Aber auch andere Staaten, vorab Russland, unterliegen einer zunehmend aggressiver agierenden Sanktionspolitik.

Viele Länder müssen jetzt von nicht bezahlbaren Auslandsschulden befreit werden. Denn derzeit leiden weltweit über 800 Millionen Menschen an Hunger. Über zwei Milliarden Menschen leben ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser; über vier Milliarden haben keinen Zugang zu sicherer Gesundheitsversorgung.

All diese Probleme müssen bewältigt werden. Als Partner der Bewegung der Blockfreien hat China in den vergangenen Jahren durch seine Initiative der »Neuen Seidenstraße« einen immensen Infrastrukturplan zur Verbindung Asiens, Europas und Afrikas eingeleitet und diesen jetzt noch um eine neue multipolare »Seidenstraße der Gesundheit« erweitert.

Ungehindertem Zugang zu Technologien, insbesondere im Gesundheitsbereich, soll es jedem ermöglichen, wissenschaftliche Entwicklungen und Produkte ungehindert weiterzuentwickeln und zu teilen.

Deswegen unterstützen wir den Offenen Brief der chinesischen Botschaft in Berlin an die BILD-Chefredaktion bezüglich extrem chinafeindlicher Berichterstattung, die »Nationalismus, Vorurteile sowie Fremden- und Chinafeindlichkeit« schürt, wie es im Brief der Botschaft wörtlich heißt.

Wir bringen an dieser Stelle unseren aufrichtigen Dank für die Solidarität des chinesischen Volkes und der Regierung der Volksrepublik China zum Ausdruck: die internationalen Hilfslieferungen, die Entsendung von Ärzten,

Link: <http://www.berlin-gegen-krieg.de/ex/berlinbrief/>

## Brief aus Berlin. Es ist an der Zeit:

**Internationale Solidarität in der Corona-Krise!  
Wir fordern einen globalen Waffenstillstand.  
Und ein Ende der völkerrechtswidrigen Sanktionen  
gegen fast ein Drittel der Menschheit.  
Und das Ende der Dämonisierung von China  
und Russland.**

medizinischem Personal und Ausrüstung. Diese Solidarität hat überall in Europa und in der Welt sehr viel Dank, Anteilnahme und Anerkennung bewirkt.

Dies gilt selbstverständlich ebenso für die immensen Kraftanstrengungen Russlands und Kubas. Alle drei Staaten haben Schulter an Schulter der Idee von internationaler Solidarität neue Hoffnung gegeben. Weltweit haben Menschen diese Bemühungen anerkannt.

Wir unterstreichen deshalb nochmals die fundamentale Bedeutung der gemeinsamen Anstrengungen friedliebender Staaten weltweit, sich imperialistischen Kräften entgegenzustellen. Widerstand muss denjenigen Staaten und Kräften entgegengesetzt werden, die eine Politik vorantreiben, die charakterisiert ist durch direkte oder indirekte Kriegshandlungen, durch Waffenlieferungen in Krisengebiete und durch direkte oder indirekte Finanzierung von nichtstaatlichen Milizen und Terrorgruppen, um missliebige Regierungen zu stürzen oder ganze Staaten und Regionen zu destabilisieren.

Die deutsche Bundesregierung und die Regierungen anderer NATO-Staaten sind in vieler Hinsicht in diese Politik verwickelt, während zugleich »Solidarität und Hilfsbereitschaft« in den internationalen Beziehungen gefordert wird.

Unterzeichner

Heinrich Bückler, Coop Anti-War-Café, Berlin – Ana Barbara v. Keitz, Berliner Arbeitskreis Uran-Munition – Maren Cronsnest, Berlin, Frente Unido America Latina – Roger Waters, Co-Founder of Pink Floyd – Dr. Nancy Larenas Ojeda, »Patria Grande Berlin« – Andrej Hunko, MdB, DIE LINKE – Bärbel Brede, Teltow – Laura von Wimmersperg, Berlin – Alice Slater, World Beyond War, USA – Prof. Dr. Werner Ruf – Diana Johnstone, Paris – Ekkehard Lentz, Bremer Friedensforum – Joe Lombardo, United National Antiwar Coalition, USA – Kevin Zeese, Popular Resistance, USA – Tobias Thiele, Liedermacher – U.S. Peace Council, Alfred L. Marder, USA – Barbara Fuchs, Deutscher Friedensrat e.V. – Gerhard Mertschenk, Berlin – David Swanson, World Beyond War, USA – Margaret Flowers, Popular Resistance, Vorstand Green Party, USA – Prof. Dr. Mohssen Massarraf – M. Klinkhamer, Hands off Venezuela, Amsterdam – Prof. Dr. Wolfram Elsner, Bremen – David Hartsough, World Beyond War, USA – Hartmut Drewes, Pastor i.R., Bremen – Environmentalists Against War USA – Prof. Gregor Putensen – Reto Thumiger, Presenza Berlin – Enrico Vigna, CIVG, Belgrade Forum, Italy – Tarak Kauff, NYC Veterans For Peace, USA – Jutta Kausch-Henken, Berlin – Elisabeth Abendroth, Frankfurt a.M. – Harald Weinberg, MdB, DIE LINKE – Sima Kassaie-van Ooyen, Frankfurt a.M. – Eduard & Uta Mader, Bernau – Kyoko Tanaka, Berlin – Ray McGovern, USA – Orinoco Tribune, Venezuela – Frank Schwitalla, Netzwerk Cuba, Bremen – Gisela Neira, Vertr. KP Chile, (Proletarische Aktion), Frankfurt/M. – Annette Groth, ehem. MdB, DIE LINKE – Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V. (OKV) – Prof. Peter Kuznick, USA COVID-19 Global Solidarity Manifest – Bahman Azad, U.S. Peace Council – Johannes Maria Becker, Marburg – Bernhard Nolz, Pädagogen für den Frieden, Siegen – Axel Plasa, Journalist, Berlin – Werner Lutz, Unruhe Stiften, 2100 KünstlerInnen gegen rechts – Arianna Carciofo, Berlin – Iris Berndt, Potsdam – Eva Hasule, amerika21 – Keine Waffen vom Bodensee e.V. – Ingrid Koschmieder, Berlin – Dietrich Antelmann, Berlin – Anja Mewes, Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. – Carsten Schulz, DIE LINKE Schöneberg, Berlin – Frente Antiimperialista Internacionalista, Spain – Valmore Suarez, Berlin, Frente Unido America Latina – Dr. Andrej Reder, Berlin – Gina Pietsch, Berlin – Elsa Rassbach, Berlin, CODEPINK, DFG-VK, attac – Wolfgang Jung, Kaiserslautern – Dr. Edgar Göll, Berlin – Sabine Scheffer, Aufstehen AG Wohnen Berlin – Red Banner Anti-Imperialist Collective, USA – Brigitte Queck, Mütter gegen den Krieg Berlin/Brandenburg – Victor Degiovanni, Communist Party Malta – Mathilde Furner, Berlin Aktion Freiheit statt Angst e.V. – Claudia Karas, AG Palästina/Frankfurt – Telma Rinkes, Berlin.

Und viele weitere Unterzeichner: [www.berlin-gegen-krieg.de/ex/berlinbrief](http://www.berlin-gegen-krieg.de/ex/berlinbrief)



# Klärung gefordert

Libanon: BRD-Botschafter von Außenministerium einbestellt. Hisbollah-Generalsekretär verurteilt Verbot in Deutschland. **Von Karin Leukefeld**

Nach dem Verbot der Hisbollah in Deutschland hat das libanesische Außenministerium den Botschafter der BRD, Georg Birgelen, einbestellt. Außenminister Nassif Hitti habe »weitere Klärungen« zur Entscheidung Berlins verlangt, wie die staatliche libanesische Nachrichtenagentur NNA am Dienstag meldete.

Hitti habe betont, dass die Hisbollah im Libanon ein »grundlegender politischer Bestandteil« sei, hieß es. Sie repräsentiere einen großen Teil der libanesischen Gesellschaft und sei auch im Parlament vertreten. Birgelen habe in dem Gespräch erklärt, Berlin habe die Hisbollah nicht als Terrororganisation eingestuft, sondern ihre Betätigung in der BRD verboten.

Der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, hatte sich bereits am Montagabend in einer Fernsehansprache zu dem Verbot geäußert. Weitere Themen seiner einstündigen Rede waren die Wirtschaftskrise im Libanon sowie Gerüchte über ein Zerwürfnis zwischen der Hisbollah und der ebenfalls schiitischen Amal-Bewegung, die laut Nasrallah aus der Luft gegriffen seien.

Über das Verbot in der BRD sei man nicht überrascht, es sei zu erwarten gewesen, sagte Nasrallah. Andere europäische Staaten hätten den Schritt bereits getan und es könne damit gerechnet werden, dass weitere Staaten »das gleiche tun werden«. Diese Staaten würden sich dem US-amerikanischen Willen »unterwerfen, sein Hegemonieprojekt in der Region umzusetzen«, sagte Nasrallah. Israel sei ein »Besatzungsprojekt und die Widerstandsbewegungen stehen diesen Plänen im Weg«. Das sei der Grund, warum diese Bewegungen »verurteilt, belagert und bekämpft« würden. Die Entscheidung Deutschlands, die Hisbollah zu verbieten, sei eine politische Entscheidung

und zeige den Druck, den die USA ausübten, um Israel »zufriedenzustellen«.

Die Behörden hätten keinen einzigen Beweis für die angeblichen terroristischen Aktivitäten der Hisbollah in den Vereinen oder Moscheen vorgelegt. Das deutsche Innenministerium habe »einen Vorwand gebastelt, um die amerikanisch-israelische Agenda umzusetzen«. Die Partei habe weder in Europa noch in Lateinamerika eine Organisationsstruktur, betonte Nasrallah. Er forderte die libanesische Regierung auf, die Angriffe auf die Vereine in Deutschland zu verurteilen, sie müsse ihre Bürger in der BRD schützen. Die Maßnahmen der deutschen Behörden würden gleichzeitig aber auch

»die Verpflichtung unserer Partei für die Sache der Palästinenser stärken«.

In Syrien meldete derweil die Armee am späten Montagabend Angriffe mit »feindlichen Raketen« auf Militäranlagen und ein Forschungszentrum südöstlich von Aleppo bei der Stadt Al-Safira. Die in Großbritannien ansässige oppositionsnahe »Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte« berichtete von einem israelischen Angriff. Israel greife aber nicht Syrien, sondern die Hisbollah und den Iran in Syrien an. Bei den Toten soll es sich jeweils um Kämpfer irakischer oder iranischer Milizen oder der Hisbollah gehandelt haben. Der israelische Verteidigungsminister Naftali Bennett hatte am 28. April bestätigt, die Angriffe

auf Syrien würden fortgesetzt, um den »Iran aus Syrien zu vertreiben«.

Der Angriff am Montag war der fünfte Raketenangriff Israels gegen Syrien innerhalb von zwei Wochen. Am 20. April zerstörten israelische Kampffjets Munitionsbunker nördlich der Wüstenstadt Palmyra. Eine Woche später folgten Luftangriffe auf Orte südlich von Damaskus und ein Angriff auf ein libanesisches Fahrzeug an der libanesisch-syrischen Grenze. Am 30. April zerstörten israelische Kampfhubschrauber syrische Armeeposten in der Provinz Kuneitra. Das Vorgehen Israels verstößt gegen das Völkerrecht. Beschwerden Syriens und des Libanon beim UN-Sicherheitsrat sind bislang ohne Erfolg geblieben.



Ohne Beweise gegen Moscheen und Vereine: Razzia der Polizei im Berliner Al-Irschad-Zentrum (30. April)

## »Grup Yorum«-Musiker beendet Hungerstreik

Istanbul. In der Türkei hat der Bassist Ibrahim Gökcek von der linken Musikgruppe »Grup Yorum« am Dienstag seinen seit 323 Tagen andauernden Hungerstreik abgebrochen. Gemeinsam mit seiner im April in Folge des Hungerstreiks verstorbenen Bandkollegin Helin Bölek hatte er gegen ein Auftrittsverbot und für die Freilassung seiner unter Terrorismusvorwürfen inhaftierten Bandkollegen gekämpft. »Die ganze Welt hat von unserem Widerstand gehört«, hieß es in einer in Istanbul verlesenen Erklärung von Grup Yorum, die von einem »politischen Sieg« sprach. Abgeordnete der Oppositionsparteien HDP, CHP und TIP, Künstler und Menschenrechtler hatten sich zuvor verpflichtet, als Garant für die Umsetzung von Gökceks Forderungen einzustehen. Der bis auf die Knochen abgemagerte Musiker wurde ins Krankenhaus gebracht.

Nick Brauns

## Israel: Koalition ändert nach Kritik Abkommen

Jerusalem. Nach Kritik des Höchsten Gerichts haben der rechtskonservative Likud und das Bündnis »Blau-Weiß« in Israel Medienberichten zufolge Teile ihrer Koalitionsvereinbarung verändert. Unter anderem solle die Ernennung ranghoher Beamter statt für sechs Monate nur für drei Monate auf Eis gelegt werden, berichteten israelische Medien am Dienstag. Eine Klausel, die während einer sechsmonatigen »Coronapandemiephase« keine neuen Gesetze außer solche im Zusammenhang mit der Epidemie vorsah, solle außerdem gestrichen werden. Statt dessen sollten letztere lediglich Vorrang haben. Die Notstandsphase solle auch nicht verlängert werden können. Israels Höchstes Gericht hatte am Montag über Petitionen gegen die Koalitionsvereinbarung von Premier Benjamin Netanjahu (Likud) und Benjamin Gantz (»Blau-Weiß«) beraten.

(dpa/iW)

# Absetzung vertagt

Verfassungsgericht in Pristina setzt Erlass des Präsidenten aus, neuen Premierminister zu bestimmen

Die zweite Phase der Absetzung des kosovarischen Premierministers Albin Kurti ist vorerst vertagt. Denn am Freitag hat das Verfassungsgericht in Pristina entschieden, einen Erlass des Präsidenten Hashim Thaci bis Ende Mai auszusetzen. Thaci hatte der Demokratischen Liga (LDK) den Auftrag erteilt, eine neue Regierung zu bilden. Diese hatte sich schleunigst darangemacht und am Donnerstag bereits eine Koalition mit der Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK) und anderer Parteien vorgestellt.

Wie die Zeitung *Koha* vergangene Woche berichtete, hätten Thaci und Vertreter der LDK bereits ein Szenario zur Einsetzung einer neuen Regierung entworfen: Über das verlängerte Wochenende habe das neue Kabinett in einer eilig einberufenen Parlamentssitzung vereidigt werden sollen, das Verfassungsgericht wäre dann vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Doch die noch regierende chauvinistische Partei Vetevendosje (Selbstbestimmung) von Kurti machte Thaci einen Strich durch die Rechnung.

Die Folgen der Einsetzung eines neuen Kabinetts wären nicht absehbar gewesen. Zum einen ist fraglich, ob eine entsprechende Sitzung des Parlaments hätte stattfinden können. Denn die Abgeordneten von Vetevendosje hatten in der Vergangenheit immer wieder dafür gesorgt, dass Sitzungen abgebrochen werden mussten. Zum anderen ist nicht klar, ob Kurti seinen Posten räumt oder ob er sich weiterhin als legitimer Regierungschef betrachten würde.

Kurti war am 25. März durch ein Misstrauensvotum zu Fall gebracht worden. Hinter dem Manöver standen die traditionellen Parteien, die sich vor allem aus Mitgliedern krimineller Gruppen zusammensetzen, von denen nicht wenige während der 1990er Jahren auf Seiten der separatistischen UCK kämpften. Die USA unterstützten diese Kräfte bei der Absetzung von Kurti, der wiederum die Europäische Union hinter sich weiß.

Hintergrund des Machtkampfes sind weniger politische Fragen als vielmehr die Auseinandersetzung darum, welche Kräfte zukünftig das Sagen haben im Kosovo, der sich 2008 einseitig und völkerrechtswid-

rig von Belgrad abgespaltenen hatte. Die USA beanspruchen – untermauert durch ihre militärische Präsenz – weiterhin ihre Vormachtstellung, die durch die EU jedoch zunehmend in Frage gestellt wird. Die politischen Kämpfe in Pristina sind lediglich Abbild dieses innerimperialistischen Konflikts.

Und so verwundert es nicht, dass die Angriffe gegen den sich noch immer im Amt befindenden Kurti zunehmen. Die Opposition fordert den Rücktritt des Gesundheits- und des Innenministers, weil am Montag bekannt wurde, dass ein 26-jähriger Mann in einer Quarantänestation ums Leben kam, in der er sich nach seiner Rückkehr aus der BRD aufhalten musste.

Auch an anderer Stelle nehmen im Kosovo die Spannungen zu. So berichteten lokale Medien in den vergangenen Tagen immer wieder von Angriffen gegen das Eigentum von Mitgliedern der serbischen Minderheit. Auch öffentliche Institutionen in vor allem von Serben bewohnten Dörfern seien beschädigt oder zerstört worden, sodass sich selbst Ver-

treter der EU- und der OSZE-Mission in Pristina besorgt über die jüngste Gewalt äußerten. **Roland Zschächner**

Die Verlag 8. Mai GmbH sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

## Verlagsmitarbeiter/in (m/w/d)

in der Abteilung Buchhaltung/Controlling (Vollzeit)

In der Verlag 8. Mai GmbH erscheinen die Tageszeitung *junge Welt* und das Magazin für Gegenkultur *Melodie & Rhythmus* sowie weitere Publikationen. In der jW-Ladengalerie werden Veranstaltungen durchgeführt, und dort wird ein Shop betrieben.

### Aufgaben:

- Kontierung und Buchung von Geschäftsvorfällen
- Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung
- Führung von Bankkonten und Kassenbuch
- Vorbereitung und Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Zahlungsterminüberwachung
- Finanz- und Liquiditätsplanung

### Voraussetzungen:

- abgeschlossene kaufmännische Ausbildung
- Berufserfahrung im Rechnungswesen bzw. in der Finanzbuchhaltung
- fundierte MS-Office-Kenntnisse (DATEV-Kenntnisse wünschenswert)
- Sorgfalt und Zuverlässigkeit
- selbständige Arbeitsweise und Teamfähigkeit

Bewerbung mit Lebenslauf und Zeugnissen bitte an: [bj@jungewelt.de](mailto:bj@jungewelt.de) oder Verlag 8. Mai GmbH, Bewerbung Buchhaltung, z. Hd. Brigitte Jelkmann, Torstr. 6, 10119 Berlin

Weitere Stellenangebote unter [jungewelt.de/jobs](http://jungewelt.de/jobs)

DE TAGESZEITUNG **junge Welt**

## ■ Invasionsversuche in Venezuela

# Kampf ums Überleben

Von Volker Hermsdorf

Kurz nachdem die Landungsversuche schwerbewaffneter Söldner in Venezuela gescheitert waren, erteilten westliche Medien den Verschwörern selbst das Wort. »Oppositionelle Politiker und Washington beschuldigten Maduros Verbündete, den Angriff selbst fingiert zu haben«, meldete *tagesschau.de* am Dienstag. Die von Präsident Nicolás Maduro und Innenminister Néstor Reverol präsentierten Belege für eine Beteiligung der US-Antidrogenbehörde DEA und des Oppositionspolitikers Juan Guaidó an der von Kolumbien aus gestarteten Operation werden ebenso in Zweifel gezogen wie entsprechende Aussagen der festgenommenen Söldner. Dafür gibt es gute Gründe.

Für Donald Trump, der im Wahljahr wegen seines Umgangs mit der Coronakrise mit dem Rücken zur Wand steht, kommt das Fiasko des missglückten Söldnerangriffs ungelegen. Vieles spricht zwar dafür, dass die Operation nicht wirklich eine Invasion und einen sofortigen Regime-Change bezweckte. Sicher ist aber, dass die Aktion als Beitrag zur Destabilisierung des Landes gut in die Pläne Washingtons passt.

Mit permanenten Nadelstichen versuchen die USA und die gewalttätigen Teile der venezolanischen Opposition seit Monaten, die Bevölkerung zu zermürben und das Land sturmreif zu schießen. Eine erfolgreiche Landung, etwa durch begleitende Gewaltaktionen lokaler oppositioneller Gruppen, hätte Trump nutzen können, um von seiner Verantwortung für die Ausbreitung der Pandemie abzulen-

ken. Zudem hätte er bei militanten Exilanten und den Ultrarechten im eigenen Lager punkten können. Da die dilettantische Aktion vereitelt wurde, scheint es jetzt opportun, die Opfer des Angriffs als Täter darzustellen.

Die Umstände, unter denen die Terroristen ihre Aktion planten, sprechen für sich. So hatte der Oberkommandierende des Südkommandos der US-Streitkräfte (Southcom), Admiral Craig Fuller, bereits Mitte März verstärkte Militäreinsätze »zur Befriedung der Situation in Venezuela« angekündigt. Ende März setzte US-Außenminister Michael Pompeo ein Kopfgeld von 15 Millionen Dollar auf den gewählten Präsidenten Maduro aus, und Anfang April erklärte Trumps Nationaler Sicherheitsberater Robert O'Brien, die USA würden in den nächsten Wochen »maximalen Druck auf das Maduro-Regime« ausüben. Das schließt, wie sich zeigt, Bündnisse mit Söldnern und kriminellen Banden ein. Die Verbindungen Guaidós zu kolumbianischen Narkoparamilitärs sind schließlich bekannt und belegt.

Sowohl Trump als auch sein Zögling Guaidó kämpfen mit allen Mitteln um ihr politisches Überleben. Politiker und Medien des Westens unterstützen sie dabei nicht aus Sympathie, sondern weil es um die gemeinsame Verteidigung eines Systems geht, das mit zunehmender Dauer der Coronakrise von immer mehr Menschen in Frage gestellt wird. Deshalb wird die Warnung von UN-Generalsekretär António Guterres vor einer Eskalation auf taube Ohren stoßen.

## ■ EZB-Schreck des Tages

# Bundesverfassungsgericht



ULI BECKHOFF

Der Kauf von Staatsanleihen durch die EZB ist grundgesetzwidrig. Die Beschlüsse der Europäischen Zentralbank seien kompetenzwidrig ergangen, entschied das Bundesverfassungsgericht am Dienstag. Bundesregierung und Bundestag hätten durch ihr tatenloses Zusehen Grundrechte verletzt. So scheinradikal tönte es aus Karlsruhe. Das Gericht stelle erstmals in seiner Geschichte fest, dass Handlungen und Entscheidungen europäischer Organe offensichtlich nicht von der europäischen Kompetenzordnung gedeckt sind, sagte Präsident Andreas Voßkuhle bei der Urteilsverkündung. Sie könnten daher in Deutschland keine Wirksamkeit entfalten.

Es geht um immerhin mittlerweile 2,6 Billionen Euro, die die EZB

seit 2014 den Banken für die Anleihen von Eurostaaten ausgezahlt hatte. Den Klägern – unter anderen die AfD-Gründer Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel – wurde Recht gegeben. Werden damit die riesigen Geldspritzen ins Finanzsystem jetzt unterbunden? Immerhin haben sie die Währungsunion vor dem Untergang gerettet, den Aktien- und Bondmarkt vor dem Abschmieren bewahrt und sollen angesichts der Coronaepidemie auch unter der neuen EZB-Chefin Christine Lagarde drastisch ausgeweitet werden.

Die Finanzhaie selber sind nicht dieser Meinung. Der Aktienmarkt blieb nach dem Urteil stabil, der Euro gab zum Dollar nur ein Fitzelchen nach. Denn das Urteil ist in Wirklichkeit keines, sondern nur eine Mahnung. Lediglich die Frage der Verhältnismäßigkeit des Kaufprogramms muss aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts geklärt werden. Bundesregierung und Bundestag sollen auf die EZB einwirken, damit sie nachvollziehbar darlegt, dass die mit dem Kaufprogramm »angestrebten währungspolitischen Ziele nicht außer Verhältnis zu den damit verbundenen wirtschafts- und fiskalpolitischen Auswirkungen stehen.«

Lucas Zeise

# »Wir wollen mit unseren Lehrern streiken«

Die Pandemie vor Augen: Berliner Schüler sorgen sich um Gesundheit und planen Boykott des Unterrichts. **Gespräch mit Paul Meyer\***

**Nach und nach werden derzeit die Schulen wieder geöffnet. Um dagegen zu protestieren, fordern Sie gemeinsam mit Ihren Mitschülern des Berliner Lessing-Gymnasiums, den Unterricht zu boykottieren. Haben Sie keine Lust auf's Lernen?**

Nein, damit hat das nichts zu tun. Sonst würden wir schließlich nicht anbieten, die Aufgaben zu Hause nachzuholen. Es geht hier um die Gesundheit von uns, unseren Eltern und Lehrern. Schulen zählen nun einmal zu den größten Infektionsherden in einer Gesellschaft. Wer einmal eine Schultoilette von innen gesehen hat, kann das vermutlich nachvollziehen. Außerdem stehen die Sommerferien bereits vor der Tür und wir fragen uns, warum die Schulen für einen so kurzen Zeitraum nun auf Teufel komm raus wieder eröffnet werden sollen. Wir haben den Eindruck, dass es nur darum geht, uns schnell und unter großem Druck noch alle möglichen Prüfungen und Abschlussarbeiten schreiben zu lassen.

**Haben Sie konkrete Forderungen oder Ziele formuliert, die durch den Schulboykott erreicht werden sollen?**

Auf jeden Fall sollen die Schulen erst einmal bis zum Sommer geschlossen bleiben. Danach kann geschaut werden, wie hoch das Infektionsrisiko noch ist. Wir fordern außerdem die Absage aller Klassenarbeiten und Abschlussprüfungen, denn durch das Onlinelernen zu Hause wurde die soziale Ungleichheit unter den Schülern noch verstärkt. Deshalb fordern wir auch, dass jeder kostenlos ein Endgerät und einen Internetzugang zur Verfügung gestellt bekommt. Außerdem sollte es andere Orte geben, an denen wir



PRIVAT

Paul Meyer (\* Pseudonym), 15, ist Schüler des Berliner Lessing-Gymnasiums. Gemeinsam mit einigen Mitschülern hat er im letzten Jahr die Schulgruppe »Lessing wird politisch« gegründet

lernen können, wenn es zu Hause zu laut ist oder wir uns dort nicht richtig konzentrieren können. Für Lehrkräfte braucht es zudem kostenlose Fortbildungen zum Umgang mit dem Onlineunterricht.

**Andererseits erhoffen sich viele gestresste Eltern, durch die Schließung entlastet zu werden. Wie sehen Sie das?**

Wir haben eher den Eindruck, dass versucht wird, Eltern und Schüler gegeneinander auszuspielen. Um Familienpolitik geht es dabei nicht: Wir sollen wieder zur Schule, damit unsere Eltern wieder zurück an ihre Arbeitsplätze gehen. Das ist medizinisch unverantwortlich und nützt vor allem den Unternehmen und ihren Profiten. Es wäre eine größere Entlastung für unsere Eltern, wenn sie sich keine Sorgen mehr um die Noten ihrer Kinder machen müssten und ob sie versetzt werden.

**Rechnen Sie mit Problemen mit Ihren Lehrern?**

Wir wollen uns auf keinen Fall gegen unsere Lehrer stellen, sondern mit ihnen streiken. Schließlich sind Lehrkräfte durch die Pandemie genauso oder sogar stärker betroffen als wir Schüler. Einige von ihnen gehören zu Risikogruppen. Durch wechselnde Klassen haben sie auch zu einer größeren Anzahl von Menschen Kontakt. Es wurde mir auch schon von einer Lehrerin angeboten, uns beim Streiken zu unterstützen. Das freut mich natürlich sehr, aber reicht leider noch nicht aus. Wir hoffen da auch auf die Lehrgewerkschaft GEW. Wir wünschen uns von ihr, dass sie unsere Initiative unterstützt und auch die Lehrer zum Streik aufruft.

**Der Unterricht hat bereits vor einer Woche begonnen. Wie liefen die ersten Tage bei Ihnen ab, insbesondere mit Blick auf den Streik?**

So ein Streik kann nicht nur von den paar Leuten aus unserer Schülergruppe getragen werden, schließlich wollen wir die gesamte Schule lahmlegen. Über das Internet ist es uns leider nicht gelungen, alles im Voraus zu planen. Deshalb müssen wir in den ersten Tagen nun wohl oder übel noch zur Schule gehen, um unsere Mitschüler von der Boykottkampagne zu überzeugen. Am kommenden Samstag wird es ein offenes Onlinetreffen geben, zu dem wir alle Interessierte, ob Schüler, Lehrer oder Eltern, herzlich einladen. Außerdem wollen wir uns weiter mit anderen Schulen vernetzen. Auch in Nordrhein-Westfalen und Sachsen sind Boykottaktionen geplant. In Berlin wird es am 14. Mai um 10 Uhr eine Kundgebung vor dem Bildungsministerium geben. Bis dahin muss die Schule stillstehen!

Interview: Elias Fröhlich

## ■ Abgeschrieben

**Der bayerische Landesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA Bayern) hat sich am Dienstag mit einem Offenen Brief an die Bayerische Staatsregierung gewandt, die sich in einer großen Anzeige anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus zu einem »Nie wieder!« bekannt hat:**

Wir, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), haben Ihre Worte des Bedauerns über die Absage der geplanten Feierlichkeiten anlässlich der Befreiung der Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg mit großer Zustimmung zur Kenntnis genommen. (...) Ihr Text geht unter der Losung »Nie wieder« von der gemeinsamen Grundüberzeugung aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte der Gesellschaft aus, dass es nicht ausreicht, allein der Opfer und Verfolgten zu gedenken. Die Erinnerung muss verbunden sein mit einem aktiven Einsatz gegen alle Bedrohungen der Demokratie und

Freiheitsrechte, wie sie in der Nazi-herrschaft in schlimmster Form praktiziert wurden.

Seit ihrer Gründung 1947 setzt sich die VVN gegen die noch immer weit verbreiteten Denkmuster der Nazi-ideologie – Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus, Homophobie und andere Formen von Diskriminierung – ein. Viele Jahrzehnte sind Überlebende der Konzentrationslager, Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung aus unserer Organisation an Schulen gegangen, haben mit Jugendlichen geredet und in der Öffentlichkeit immer wieder dafür gestritten, dass die Erinnerung an die Verbrechen der deutschen Faschisten nicht verblassen. Unsere Mitglieder, unter ihnen Ernst Grube, sind dafür mit hohen gesellschaftlichen Auszeichnungen geehrt worden. Seit ihrer Gründung ist unsere Vereinigung für die Entschädigung der Opfer, die Bestrafung der Täter, das Verbot aller Naziorganisationen und die Ächtung ihrer Ideologie eingetreten. Leider sind alle diese Ziele noch immer nicht erfüllte Aufgaben, die für Antifaschisten jeder Herkunft selbstverständlich sein sollten.

Statt jedoch das Engagement unserer Organisation und ihrer Mitglieder aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung angemessen zu würdigen, wird unsere bayerische Landesvereinigung nach wie vor vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet und in dessen jährlichen Berichten als »linksextremistisch beeinflusst« aufgeführt. Wichtige antifaschistische Arbeit gegen Hetze, Diskriminierung und Geschichtsrevisionismus wird damit diskreditiert. Auf Grundlage dieser Berichte wurde der VVN-BdA in Bayern und nun auch der Bundesvereinigung die Anerkennung als »gemeinnützig« versagt. Bewerber für den Staatsdienst wird die Mitgliedschaft in unserer Vereinigung zum Nachteil ausgelegt, Einbürgerungen werden in Frage gestellt. Deshalb fordern wir: Schluss mit der Beobachtung der VVN-BdA durch den Verfassungsschutz, Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben! Setzen Sie ein Zeichen und führen Sie den 8. Mai als arbeitsfreien Feiertag in Bayern ein, damit dieser Tag künftig nicht nur der historischen Erinnerung, sondern auch der aktiven Verteidigung der Demokratie gewidmet ist.



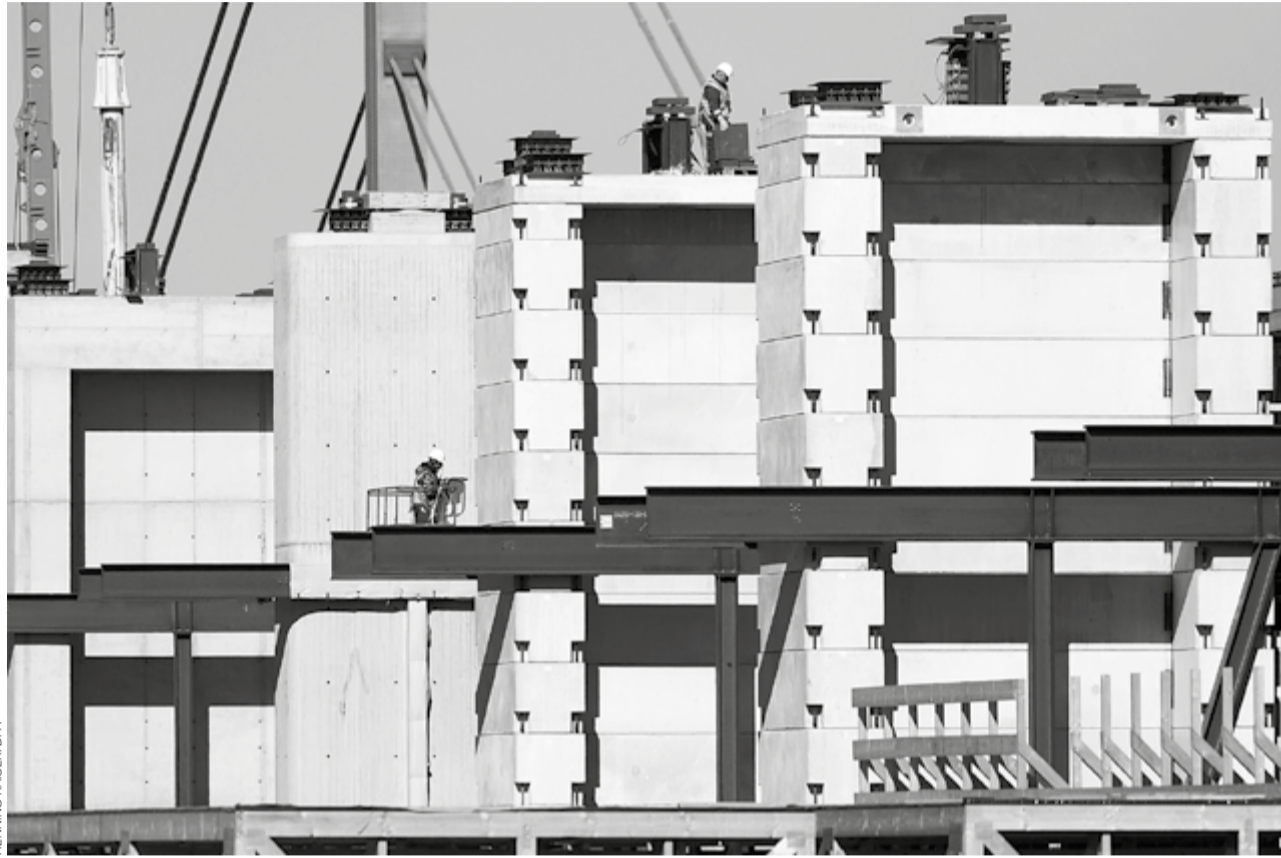
# Brückentage in NRW

Land kündigt Bauvertrag zur Rheinquerung bei Leverkusen. Fertigstellung mindestens zwei Jahre später und teurer als ursprünglich geplant. **Von Ralf Wurzbacher**

Die österreichische Porr AG hat schon so manche Brücke in die Natur gesetzt. Zum Beispiel das Ungetüm, das die Bundesstraße B 50 bei Zeltingen-Rachtig über die Mosel führt. Über die 160 Meter hohe Bausünde liest man auf der Firmenwebsite, sie füge »sich sehr gut in das Landschaftsbild ein«. Als ein Lügengebäude könnte sich auch das entpuppen, was einmal ein neuer Rheinübergang in Leverkusen werden soll. Der hätte mit Zutun des Wiener Unternehmens bis spätestens 2021 fertig sein sollen. Doch daraus wird vorerst nichts. Wegen »mangelhafter« Bauteile hat der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen-NRW) den Vertrag vor zehn Tagen gekündigt.

Damit drohen auf dem stauanfälligen Kölner Autobahnring bis mindestens 2023 regelmäßige Verkehrsinfarkte. Über die bestehende Brücke auf der A 1 rollt ein großer Teil des Fernverkehrs Richtung Belgien und Frankreich. Die Konstruktion ist nach 50 Jahren so marode, dass sie seit 2014 für Lastwagen über 3,5 Tonnen nicht mehr befahrbar ist. Diese gelangen nur über lange Umwege zum Ziel, was für Verdruss bei Industrie und Spediteuren sorgt. Geplant waren deshalb zwei Überführungen, von denen die erste im nächsten Jahr hätte stehen sollen. Die Inbetriebnahme der zweiten Teilbrücke ist für 2025 avisiert.

NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) begründet das Platzen des Deals mit Mängeln an aus China eingeschiffen Stahlträgern. Bei deren Prüfung in Rotterdam am 16. März hatten Gutachter die Bauteile als »gravierend mangelhaft« deklariert. Sie erfüllten »weder die deutschen Normen noch die vertraglichen Vereinbarungen«, teilte der Landesbetrieb mit. Konkret bemängelt werden etwa Poren in Schweißnähten oder Schleifspuren an der Oberfläche der Träger, von denen 40 für die Rheinquerung nötig sind. Straßen-NRW hatte eine Neuproduktion verlangt, während Porr darauf beharrte, dass die Fehler unproblematisch hätten behoben werden können.



Brückenbaustelle in Leverkusen am 22. April: NRW kündigt Vertrag mit Generalauftragnehmer

nen. Dem wiederum hält das Land entgegen, die Folgen einer Reparatur würden mit Abstrichen bei der Langlebigkeit, verkürzten Prüfintervallen und einer permanenten Überwachung einhergehen.

Für die Opposition im Landtag ist der Fall eine Steilvorlage. In einer aktuellen Stunde in der zurückliegenden Woche spottete SPD-Fraktionsvize Jochen Ott: »Hier droht der Berliner Flughafen in Form einer Brücke.« Laut Grünen-Fraktionschef Arndt Klocke ist der Vorgang zum »Symbol für die bröckelnde Infrastruktur in Deutschland« geworden. Vor allem muss sich die CDU-FDP-Koalition vorwerfen lassen, dass sich das Desaster lange abgezeichnet hatte. Die Geschäftspartner lagen schon seit über einem Jahr im Clinch, im Februar 2019 sei erstmals »das Szenario einer Kündigung diskutiert worden«, räumte Wüst im Plenum ein.

Schuldlos sind freilich auch SPD und Grüne nicht. Den Neubau hatte deren damalige Koalition unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

(SPD) in Auftrag gegeben. Die Ausschreibung erfolgte nach Wüsts Angaben einen Tag vor Vereidigung der Nachfolgeregierung. Wie eilig man es damals hatte, zeigt sich auch daran, dass im Genehmigungsverfahren die Bürgerbeteiligung wegen der »hohen Dringlichkeit« eingeschränkt wurde. »Dies hat uns bei Leverkusener Anwohnern und bei den Umweltverbänden keine Freunde gemacht«, beschied Klocke. Um so verheerender sei es, wenn »wegen der mangelhaften Stahlqualität und der notwendigen Asbestsanierung beim Abriss der alten Brücke der Bau voraussichtlich mindestens drei Jahre länger dauern wird«.

Wie stark sich das Projekt verteuern wird, steht in den Sternen. Beziffert war das Auftragsvolumen für die erste Brücke mit 360 Millionen Euro. Geflossen sind davon laut Porr-Vorstandschef Karl-Heinz Strauss bisher 100 Millionen Euro. Man sei bestens vorbereitet, seinen Rechtsstandpunkt zu vertreten und seine wirtschaftlichen Interessen zu

wahren, ließ das Unternehmen nach Eingang der Kündigung in einer Stellungnahme wissen. Am vergangenen Donnerstag erklärte Strauss gegenüber dem *Handelsblatt*: »Wir arbeiten derzeit an unseren Forderungen gegenüber Straßen.NRW.« Und bei der nun fälligen Neuausschreibung will Porr wieder mitbieten. »Wir werden unser Bestes tun.«

Besserung gelobt auch die Landesregierung. Künftig soll der Stahlbauer direkt mit im Boot sitzen. Bei der Vergabe an Porr war der Lieferant, die China Railway Shanhaiguan Bridge Group, nur Subunternehmer. In der Neuausschreibung soll außerdem stehen, dass die neue Brücke im September 2023 fertig ist. Ob das die im Straßenbau übliche Kostenexplosion verhindert? Antonia Kühn, Chefin des Regionalverbands Rheinland der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt, hat Zweifel. »Wer bei öffentlichen Aufträgen vor allem auf den günstigsten Preis schaut, handelt sich im nachhinein oft große Schereisen ein«, monierte sie in der Presse.

## GE-Aviation streicht 13.000 Jobs

**Evendale.** Der US-Industriekonzern General Electric (GE) hat in der Coronakrise die Vernichtung Tausender Stellen in der Flugzeugsparte des Unternehmens angekündigt. Es sei vorgesehen, die weltweite Beschäftigtenzahl in diesem Jahr um rund 25 Prozent zu senken, erklärte der Chef der Konzernsparte GE-Aviation, David Joyce, am Montag (Ortszeit) in einem Memo an die Mitarbeiter. Von dem geplanten Kahlschlag wären insgesamt rund 13.000 Arbeitsplätze betroffen.

Der Abschwung in der gesamten Branche sei beispiellos, erklärte Joyce die Jobvernichtung. Die Coronapandemie dürfe demnach im zweiten Quartal des laufenden Jahres zu einem Einbruch des Luftverkehrs um rund 80 Prozent führen. Obwohl Spekulantent sonst wohlwollend auf derartige »Einsparungen« reagieren, geriet die Aktie des ohnehin schon seit längerem stark angeschlagenen Mutterkonzerns General Electric im US-Handel deutlich ins Minus. (dpa/iW)

## Britischer Automarkt im April kollabiert

**London.** Die Coronakrise hat in Großbritannien im April zu einem fast vollständigen Zusammenbruch des Automobilhandels geführt. Wegen der im gesamten Monat geschlossenen Verkaufsräume seien lediglich 4.321 Neuwagen auf den Markt gekommen und damit 97,3 Prozent weniger als im April 2019, teilte der Branchenverband Society of Motor Manufacturers and Traders (SMMT) am Dienstag mit.

Dieser wirtschaftliche Kollaps sei allerdings kein britisches Phänomen, denn entsprechende Rückgänge seien auch in anderen europäischen Automärkten zu verzeichnen, etwa Frankreich oder Italien, so die Lobbyorganisation. Seit Beginn dieses Jahres sank die Zulassung von Neuwagen auf der Insel um 43 Prozent auf 487.878 (Vorjahreszeitraum: 862.100). Für das gesamte Jahr rechnet der Verband SMMT in seiner jüngsten Prognose mit nur noch 1,68 Millionen Neuwagen, 27 Prozent weniger als 2019. (dpa/iW)

# Amazon lässt Muskeln spielen

Frankreich verweigert Kurzarbeitergeld für Kapitalgesellschaft. Konzern macht Zentren dicht

Die französische Regierung weigert sich, dem Internetriesen Amazon Kurzarbeitergeld zu bezahlen. Das Arbeitsministerium lehnte am Montag in Paris einen entsprechenden, am vergangenen Donnerstag eingereichten Antrag der Unternehmensleitung ohne weitere Erklärung ab. Der US-amerikanische Versandhändler hatte seine sechs Logistikzentren in Frankreich am 16. April geschlossen, nachdem ein Pariser Gericht besseren Schutz der rund 10.000 Beschäftigten gegen das Coronavirus sowie die Beschränkung des Handels auf lebensnotwendige Produkte verlangt hatte. Gewerkschaften nannten den Versuch Amazons, sich das Salär der in Kurzarbeit geschickten Lohnabhängigen aus der Staatskasse bezahlen zu lassen, »zutiefst unanständig«.

In einer am Montag verbreiteten gemeinsamen Erklärung wiesen die führenden französischen Beschäftigtenorganisationen darauf hin, dass die finanzielle Unterstützung als Hilfsmaßnahme »für Beschäftigte beschlossen wurde, deren Betriebe zur Zeit nicht arbeiten können«. Dem französischen Management des Unternehmens boten sie eine »Wiederaufnahme der Arbeit« unter den gerichtlich festgelegten Bedingungen an.

Amazon hatte seit dem Ausbruch der Coronakrise im Januar nicht nur sein gesamtes Warenangebot weiter über das Internet verkauft und sich damit einen enormen Vorteil gegenüber dem von der Schließung seiner Läden betroffenen Einzelhandel verschafft. Seit der Gerichtsbeschluss dies untersagt und der Konzern die

französischen Filialen im April wegen des Urteils »vorläufig« geschlossen hatte, bediente der Weltmarktführer die dortige Kundschaft über sein Vertriebsnetz aus Nachbarländern.

Seinen Antrag auf Staatshilfe begründete Amazon am Montag mit dem Hinweis auf die beschlossenen Finanzhilfen für Wirtschaftsbetriebe des Landes. Der Konzern, der seinen Beschäftigten bis dato den vollen Lohn weiterbezahlt, sei davon ausgegangen, dass er – »wie auch andere Unternehmen in Frankreich« – von dieser Unterstützung profitieren könne. Dies wären 84 Prozent des Nettoarbeitslohns gewesen, die Frankreich aktuell für abhängig Beschäftigte bereitstellt, deren Firmen den Betrieb im Rahmen der Gesundheitskrise einstellen oder drosseln mussten.

Einer vom Gericht verlangten Einschränkung seines Handelsangebotes will Amazon offenbar nicht nachkommen. »In der Tat ist unsere logistische Arbeit komplex«, heißt es in einer am Montag veröffentlichten Mitteilung des Unternehmens, »und die vom Gericht präzisierte Androhung von 100.000 Euro Strafzahlung für jede einzelne Zuwiderhandlung« könne sich leicht »zu einer Summe von einer Milliarde Euro pro Woche« addieren.

»Unglücklicherweise« müsse Amazon angesichts »dieses Risikos« seine französischen Vertriebszentren vorläufig geschlossen halten, »während wir im Lichte der Gerichtsentscheidung die beste Funktionsweise für uns abschätzen werden«.

Hansgeorg Hermann

iW Spezial. 8 Seiten extra

Mittwoch, 27. Mai:

**Kinder**

**Ihre Werbung in unserer Beilage?**

Unsere Anzeigenabteilung erreichen Sie unter  
**0 30/53 63 55-38**  
Anzeigenschluss: Mi., 13.5.2020



Ausgabe inklusive Spezial für 1,80 € am Kiosk erhältlich



## Golden Brown

Dave Greenfield, der Keyboarder und Songwriter der britischen Rockgruppe The Stranglers, ist tot. Wie die Band auf ihrer Website mitteilte, starb Greenfield am Sonntag im Alter von 71 Jahren. Nach einem längeren Krankenhausaufenthalt aufgrund von Herzproblemen sei bei dem Musiker eine Infektion mit dem Coronavirus festgestellt worden. Greenfield war als Komponist am größten Hit der Band beteiligt, dem 1981 veröffentlichten »Golden Brown«. (dpa/iw)

## Auf die Insel



Berlins staatliche Museen stehen vor einer langsamen und vorsichtigen Wiedereröffnung in der Coronakrise. Die ersten Häuser sollen ab dem 12. Mai wieder Besucher empfangen dürfen. Dazu gehören auf der Museumsinsel die Alte Nationalgalerie, das Alte Museum und das Pergamonmuseum mit dem Panorama. Am Kulturforum werden die Gemäldesammlung und die Sonderausstellung »Pop on Paper« wieder geöffnet, wie die Staatlichen Museen zu Berlin am Dienstag mitteilten. Die Museen waren wegen der Pandemie am 14. März geschlossen worden. (dpa/iw)

Bücher, DVDs, CDs und Grafiken – stöbern Sie im **junge Welt-OnlineShop!**  
jungewelt-shop.de

Unsere Empfehlung der Woche:



Barbara Brecht-Schall (Hg.)/  
Bertolt Brecht

### »Kriegsfibel«

Brechts Kriegsfibel ist das große Antikriegsbuch. Es erschien 1955, ein Jahr vor seinem Tod, zum ersten Mal. Diese neue, sechste Auflage wurde herausgegeben von Barbara Brecht-Schall, der Tochter von Bertolt Brecht und Helene Weigel. Sie erinnert an die Entstehung des Buches und daran, wie ihr Vater im dänischen Exil begann, Ausschnitte aus Zeitungen zu sammeln und diese Bilddokumente mit Versen kommentierte.

200 Seiten, Eulenspiegel Verlag, Artikelnummer: 677345, Preis: 24,90 €

**Jetzt bestellen!**



**junge Welt**  
Ladengalerie

Galerie • Buchhandlung • Treffpunkt  
Torstraße 6 • 10119 Berlin

Öffnungszeiten: Mittwoch, 29.4., Donnerstag, 30.4., 14 bis 18 Uhr. Ab 5. Mai: Dienstag bis Freitag, 12 bis 18 Uhr.  
www.jungewelt.de/ladengalerie

Das Bekenntnis zum Schutz des jüdischen Glauben wird offiziell immer wieder deutlich gemacht. Heute werden Angriffe jeder Form auf das Judentum mit gutem Recht verurteilt und bekämpft. Nach der mörderischen Verfolgung in Deutschland während der Nazidiktatur geschieht das mit besonderer Konsequenz. Aufklärung dazu und Mahnung betreffen jedoch alle Menschen jüdischer Herkunft.

Denn was damals geschah, war kein Religionskrieg. Es war der rassistische Versuch der Auslöschung allen jüdischen Lebens. Ob gottesgläubig oder atheistisch, alle Menschen jüdischer Abstammung waren betroffen. Selbst die politische Haltung war dem untergeordnet. Wer jedoch als Antifaschist politischer Gegner des Regimes war, geriet in doppelte Gefahr. Arbeiterfunktionäre und Linksintellektuelle kamen in der Vergangenheit oft genug aus diesem Milieu. Sie hatten die jüdische Glaubens-tradition hinter sich gelassen.

Der mit großen Opfern erkämpfte Triumph über die Mörder hatte eine Folge: Mit der DDR bot sich ein antifaschistisch begründeter Staat als neue Heimat für Überlebende des Holocaust an. Ja, mehr noch – als Betätigungsfeld. Ob als Politbüromitglieder der neuen Einheitspartei oder Theatergründer, Chefredakteure oder Rundfunkintendanten, Universitätsprofessoren oder Komponisten, Romanautoren oder bildende Künstler, Filmregisseure oder in vielen anderen Bereichen – sie kamen öffentlich zur Wirkung. Da sie ohne das Etikett der jüdischen Herkunft auftraten, war es für ihre Umgebung eine oft nicht bewusste Selbstverständlichkeit. Dass das in der Phase stalinistischer Verdächtigungen Anfang der 50er Jahre anders war, ist ein makabres Kapitel. Es ist traurig genug, aber für die folgenden Jahrzehnte nicht mehr relevant. Jüdische Identität war in Wissenschaft und Kultur manifest. Höchste Zeit, dieses Thema offen anzusprechen. Ich kann nur andeuten, was ich in der Hinsicht ganz persönlich erfahren habe.

Bereits bei der Einschulung 1937 wurde ich Banknachbar von Leo Freitag. Nur ein Jahr, und mein erster Schulfreund war verschwunden. Dass er zu den 1938 ins rettende britische Exil vermittelten jüdischen Kindern gehörte, war erst Jahre später zu erfahren. Nach dem Jahr 1945 fielen mir im bombenzerstörten Dresden viele jüdische Namen auf: neben dem Professor der Romanistik Victor Klemperer etwa Hans Schrecker und Max Zimmering mit der Illustrierten Zeit im Bild oder Paul Lewitt an der Volksbühne. Aus Schweden kam Ruth Seydewitz, an ihrer Seite der spätere sächsische Ministerpräsidenten Max Seydewitz, und aus Israel

## Eine neue Heimat

Die DDR war auch ein Staat jüdischer Intellektueller. Eine notwendige Erinnerung.  
Von Harald Kretzschmar



»Wie ich 1991 den Gratwanderer zwischen Ost und West Stefan Heym sah.«  
Zeichnung von Harald Kretzschmar

Lea Grundig, deren Mann Hans Grundig bereits zurück war.

Der Kontaktfreudigkeit meines Vaters verdanke ich 1949 erste Einblicke. Beim Ostseerurlaub im damaligen Intelligenzparadies Heiligendamm verkehrte er – als »Beratender Chemiker« ein Anonymus – mit Leuten, deren Prominenz unübersehbar war: Dichter Stephan Hermlin mit Frau Lily Leder und Tochter Cornelia, Theatermann Wolfgang Langhoff mit Frau Renate und Söhnen Matthias und Thomas, Rundfunkintendant Heinz H. Schmidt mit Frau Eva Kolmer. Jeweils eine Hälfte des Ehepaars jüdisch, aus dem rettenden Exil in ein Land ihrer Hoffnung gekommen. Sie sollten in meinem Leben noch eine wichtige Rolle spielen.

1950 bereits Kunststudent in Leipzig erlebte ich Literaturprofessor Hans Mayer als lebhaft Bücher taxierenden Kunden der Buchhandlung Genth. Und beim Kulturkongress den wortgewaltigen Philosophen Ernst Bloch und den Rechtskundigen Friedrich Karl Kaul.

Als Diplomgrafiker fand ich in Berlin Verlage und Redaktionen mit jüdischer Kulturtradition. Kein Zufall: Helene Weigel plazierte für Brecht sein Berliner Ensemble an der Spreebrücke. Fritz Wisten zog von dort um, die neue Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz zu etablieren.

Ich legte 1955 in einem anregenden Westberlin benachbarten Ostberlin los. Herbert Sandberg und Leo Haas, eben noch Vaterfiguren und Vorbilder beim Porträtieren, wurden Kollegen. Mich jungen Spund setzte Heinz H. Schmidt an ihre Seite. Peter Nelken löste ihn als Chef des Eulenspiegel ab. Ich karikierte da noch das halbe Politbüro um den Rabbinersohn Albert Norden. Auf Rudolf Herrstadt folgte als Chefredakteur des Neuen Deutschlands Hermann Axen und auf ihn Rudi Singer. Unter diesen Auschwitzüberlebenden gelang mir der

## Ziesche, Spira, Shaw ■ Jubel der Woche. Von Jegor Jublimov

Was Insider seit Jahren schon wussten: Der Kameramann Peter Ziesche, der bei der Defa begann und bei rund fünf Dutzend Filmen, Reihen und Serien für die Bildgestaltung verantwortlich zeichnete, ist auch ein hervorragender Fotograf. Sowohl in der DDR wie auch danach wurde er mit Preisen und Nominierungen geehrt – etwa für Siegfried Kühns »Die Schauspielerin«, 1988, oder Bernd Sahlings »Die Blindgänger«, 2004. Ziesches Fotos, die er u. a. vor fünf Jahren in der jW-Ladengalerie ausstellte, verraten den Blick für das Besondere im Alltäglichen, sowohl in farbigen Beobachtungen aus Berlin oder New York als auch in kontrastreichen Porträts seiner

Arbeitspartner verschiedener Professionen, wie Wolfgang Kohlhaase, Otto Sander oder Katharina und Anna Thalbach. Gestern wurde er 65.

In »Die Schauspielerin« stand in einer kleinen Rolle Steffie Spira vor Ziesches Kamera. Sie hatte 1933 aus Deutschland fliehen müssen, weil sie einen jüdischen Vater hatte und Kommunistin war. Der Weg führte sie bis nach Mexiko, bevor sie nach Deutschland zurückkehrte. In der DDR trat sie an der Volksbühne auf, spielte in Film und Fernsehen und engagierte sich gesellschaftlich. Ob sie es gut gefunden hätte, dass sie in dem Schlüsselroman »In Zeiten des abnehmenden Lichts« von Eugen Ruge als Stine Spier verarbeitet wurde? Spira stand

zur DDR, aber seit den 60er Jahren sah sie, dass hier auch viel kulturpolitisches Porzellan zerschlagen wurde. Diese Haltung zeigte sich 1989, als sie vor Hunderttausenden auf dem Alexanderplatz ausrief »Aus Wandlitz machen wir ein Altersheim!« Am 10. Mai vor 25 Jahren starb sie fast 87-jährig in Berlin.

»Wir veröffentlichen heute die erste einer Serie von Karikaturen der jungen englischen Künstlerin Elizabeth Shaw, die sich zu einem Studienaufenthalt in Berlin befindet«, schrieb die kurzlebige Tageszeitung *Berlin am Mittag* im Februar 1947. Die Zeichnerin war damals mit 27 Jahren wirklich jung, aber keine Engländerin, sondern eine Irin: Shaw wurde am 4. Mai vor 100

Versuch »neuer« Karikaturen. Er scheiterte an der Parteihierarchie. Gerhart Eisler, Max Kahane, Hans Jacobus saßen mir Modell – die mediale Prominenz wimmelte von jüdischen Namen.

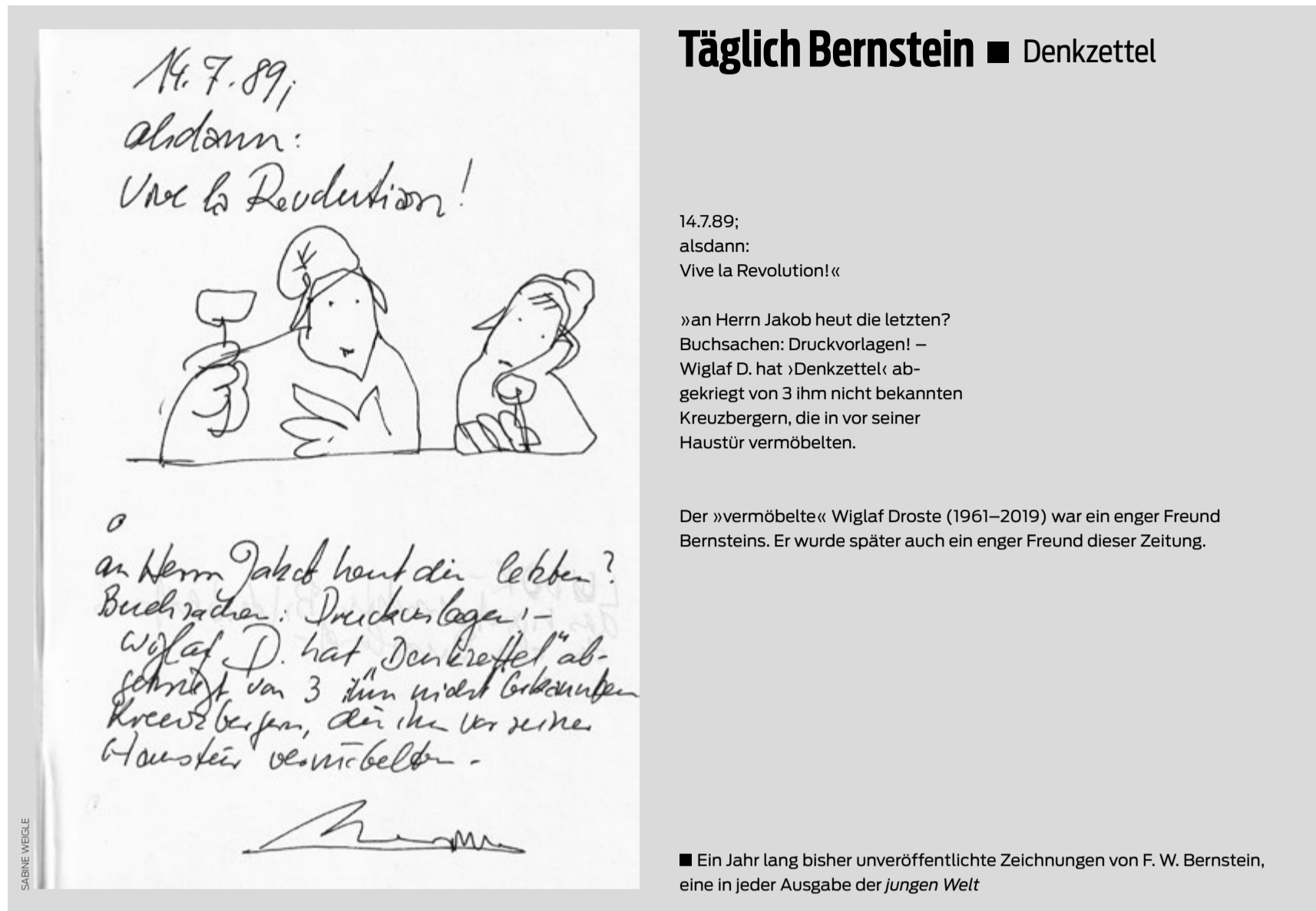
Nach dem Debakel des 17. Juni 1953 war mediale Rundumerneuerung angesagt. Da kamen Georg Honigmanns »Stacheltier«-Filmchen und »Distel«-Kabarett, Hilde Eislers Magazin, Kurt Neheimers Wochenpost und Sibylle Gerstners Sibylle zur Geltung. Die politische Konfrontation um den Staat Israel war weit weg. Traditionen jüdischer Spiritualität spürten dafür Heinz Knobloch und Jürgen Rennert auf.

Und wer im typischen DDR-Witz nicht die selbstironische Frechheit des jüdischen Witzes wiederfindet, muss sehr begriffsstutzig sein. Wer aus all dem einen speziellen DDR-Antisemitismus destillieren will, hat sich viel vorgenommen. Da werden die vielen Film- und Fernsehproduktionen zu jüdischen Themen und dem Holocaust ignoriert – von »Ehe im Schatten« und »Professor Mamlock« bis »Nackt unter Wölfen« und »Jakob der Lügner«. Die langjährige Vizedirektorin des Potsdamer Film-museums Elke Schieber hat sie in dem Band »Tangenten. Holocaust und jüdisches Leben im Spiegel audiovisueller Medien der SBZ und der DDR 1946 bis 1990« exakt dokumentiert. Wer fragt danach, was Arnold Zweig und Konrad Wolf als Präsidenten der Akademie der Künste und Anna Seghers, Lea Grundig, Ernst Hermann Meyer oder Wolfgang Heinz als solche von Künstlerverbänden bewirkten? Dass Stephan Hermlin eine junge Generation auflässiger Dichter protegierte – wer erinnert daran? Stefan Heym sprach am 4. November 1989 bei der Massendemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz. Er erntete dort einen Beifall, der ihm im wiedervereinigten Bundestag nicht beschieden war.

Nun die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA. Wer diese Institution gelebten Antifaschismus in die linksextremistische Ecke abschieben will, hat entweder zu viel oder zu wenig begriffen. Die demokratisch drapierten Erben der Altnazis wissen sehr wohl, warum es geht. Die Mehrheit der demokratischen Öffentlichkeit jedoch sollte endlich begreifen, welche jüdische Kompetenz in der DDR zur Wirkung kam. Jüngere Jahrgänge sehen das alles mit gehörigem historischen Abstand gern anders. Doch nur durch die Brille extremer Staatsräson betrachtet erscheint deutsche Kultur wenig überzeugend. Denn Antifaschisten sind keine Antisemiten. Die verhüllten Kompromisse mit den kleinen Altnazis im Osten waren gegen die unverhüllte Kooperation mit den großen Altnazis im Westen von geringem Gewicht. »Peanuts« im tatsächlich radikal praktizierten Antifaschismus.

Jahren in Belfast geboren. Der »Studienaufenthalt« dauerte allerdings ein Leben lang. Sie wurde DDR-Bürgerin und lebte bis zu ihrem Tod 1992 in Berlin-Pankow. Als eine der bekanntesten Zeichnerinnen der DDR schuf sie Karikaturen für den *Eulenspiegel*, und die originellen Reisen durch die DDR gemeinsam mit der Autorin Berta Waterstradt gehörten im *Magazin* ebenso zu den Highlights wie Shaws Reiseskizzen aus der Welt, die vielen DDR-Bürgern verschlossen blieb. Sie schrieb und illustrierte Kinderbücher, und Lothar Kusches Satiren waren ohne Shaw-Zeichnungen gar nicht denkbar. Dass sie außerdem gelegentlich für die *Junge Welt* zeichnete, rechnen wir uns zur Ehre an.





**Täglich Bernstein ■ Denkzettel**

14.7.89;  
alsdann:  
Vive la Revolution!«

»an Herrn Jakob heut die letzten?  
Buchsachen: Druckvorlagen! –  
Wiglaf D. hat »Denkzettel« ab-  
gekriegt von 3 ihm nicht bekannten  
Kreuzbergern, die in vor seiner  
Haustür vermöbelten.

Der »vermöbelte« Wiglaf Droste (1961–2019) war ein enger Freund  
Bernsteins. Er wurde später auch ein enger Freund dieser Zeitung.

■ Ein Jahr lang bisher unveröffentlichte Zeichnungen von F. W. Bernstein,  
eine in jeder Ausgabe der *jungen Welt*

**Agamben  
nicht bei  
Hygienedemo**

Der Philosoph Giorgio Agamben dementiert, Mitherausgeber des Magazins »Demokratischer Widerstand« zu sein. Gegenüber *Melodie & Rhythmus* erklärte er: »Ich kenne das Magazin nicht einmal. Das ist das erste Mal, dass ich es sehe.« Die Publikation ist das Sprachrohr der »Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand«, die zu den Berliner »Hygienedemos« aufruft, welche auch von vielen Rechten unterstützt werden. Darin wird etwa behauptet, die Coronaviruspandemie sei vergleichsweise ungefährlich, ein »Horror-Regime« halte dennoch Bürger in »Todesangst«. Auf der Titelseite und im Impressum war behauptet worden, der bekannte Philosoph zähle zu den Herausgebern um den zeitweiligen jW-Redakteur Anselm Lenz. Im Gespräch mit *Melodie & Rhythmus* betonte Agamben, seine Klarstellung sei kein Urteil über die Publikation. Er sehe es als gefährlich an, dass »im gegenwärtigen Ausnahmezustand eine Art Monopol auf die Wahrheit« zu bestehen scheine. »Jeder hat das Recht, seine Meinung zur Epidemie zu äußern.« Der Italiener vertritt schon seit langem die These, der Ausnahmezustand werde zum »neuen Paradigma des Regierens«. (jW)

Hirudin ist der Stoff, den Blutegel beim Saugen an ihrem Wirtstier absondern: Das lässt kein wirklich glamouröses Bild vor dem inneren Auge entstehen. Andererseits hat die dänische Musikerin und Komponistin Agnes Obel ihr aktuelles Album »Myopia«, also »Kurzsichtigkeit« genannt, warum dann kein pharmakologischer Begriff für die neue Platte von Katie Stelmanis?

Mit ihrem Bandprojekt Austra steht die kanadische Künstlerin seit knapp zehn Jahren für aufsehenerregende Kombinationen aus Folk und Elektronik, Kammer- und Clubmusik. Tracks wie »Spellwork« oder »Lose It« sorgten für wahrhaft transzendente Momente auf dem Dancefloor. Das letzte Album »Future Politics« ergänzte das Portfolio um kapitalismuskritische Texte und lateinamerikanische Cumbia-Klänge, der Horizont schien grenzenlos. Austras vierte Platte überrascht schon allein deshalb durch die introspektiven Lyrics: Um gescheiterte Beziehungen geht es, das ganz private Liebesunglück und den paradoxen Effekt, dass man in solch deprimierenden Zuständen Inspiration für die

**Ein Gift namens Pop**

Das neue Album der Electroband Austra überrascht mit introspektiven Texten. **Von Christina Mohr**

eigene Arbeit findet. Darauf spielt der Albumtitel an: Wenn dich die toxische Substanz nicht tötet, bringt sie immerhin deine Abwehrreaktionen in Gang.

Bei »Hirudin« bedeutet das für die

eine so sakrale wie ausgelassene Atmosphäre basteln – die in heftigem Kontrast zum Text steht, der vom Verlassen- und Verlorensein erzählt. Momente wie diese sind die stärksten auf

ever wanted was your love« und »now that you're gone« – oder, trotziger: »it doesn't matter if you're sorry now / 'cause I'm leaving tomorrow / you fucked it up«.

Dass die Platte trotzdem nicht anklagend-weinerlich rüberkommt, liegt am blutegelischen Gift namens Pop: Nie klangen Austra eingängiger als in »It's Amazing« oder »Mountain Baby«, das die kanadische Musikerin Cecile Believe und einen ganzen Kinderchor als Gastsänger aufführt. Ausgerechnet das heliumquietschige »Risk It« wurde als Single auserkoren und wird all jene verstören, die Austra für ihren hymnischen Ernst verehren – der nicht komplett verschunden ist, nur teilweise von den Blutegeln abgesaugt wurde.

■ Austra: »Hirudin« (Domino)

„ Das heliumquietschige »Risk It« wird all jene verstören, die Austra für ihren hymnischen Ernst verehren.

perfektionistische Katie Stelmani beispielsweise, Co-Producer ins Studio zu holen, die schon im ersten Stück (»Anywayz«) aus ihrer Sopranstimme plus übertriebenen Synthiebeats

»Hirudin«: wenn Klassik auf Disco trifft, wenn kummervoller Gesang von cheesy Drumpads unterklöppelt wird. In buchstäblich jedem Song gibt es sehnsüchtig-traurige Zeilen wie »all I

■ **Das ist ja wohl der Autogipfel: Staathilfe für E-Masken! Von Fritz Tietz**

Die Autobauer drehen am Rad: Seit Corona kaufen die Deutschen keine Autos mehr. Weshalb VW und Co. jetzt reifenquieschend nach Staathilfe rufen – und diese schneller erhalten, als man »Überbrückungskabel« sagen kann.

Ganz oben auf der Wunschliste der Kfzler stand die Abwrack- vulgo Umwelt- beziehungsweise Innovationsprämie. Doch die ist nach dem Autogipfel am Dienstag vom Tisch. Lässt sich den Massen nicht vermitteln, fürchtet die Kanzlerin. Ihre Idee: Autos zu Atemschutzmasken umdeklariieren. Schließlich werde derzeit nichts dringender benötigt. So können nach ihrer Umwidmung zu Maskenherstellern die Autobauer Hilfe aus dem Maskenfördertopf erhalten. Man einigte sich

auf eine Kaufprämie für motorisierte Atemschutzmasken, die aber, aus eng anliegenden Gründen, Schutzgeld heißen soll.

Tatsächlich ist man vor Virenübertragung kaum besser geschützt als in einem Pkw – vorausgesetzt natürlich, es ist kein Cabrio. Und man sitzt alleine drin (was aber zu 90 Prozent eh schon der Fall ist), hält die Fenster geschlossen (machen die meisten wegen Klimaanlage sowieso) und schaltet das Gebläse auf Umluft (damit keine Frischluft von außen und so bestimmt kein Virus ins Fahrzeug einströmt).

Die ehemaligen deutschen Autobauer wollen deshalb ab sofort nur noch einsitzige Atemschutzmasken ohne Fensterheber und ohne Außenlüftung anbieten. Die Bundesregierung

sorgt im Gegenzug dafür, dass ihr Gebrauch durch Mitnutzer (vormals Beifahrer) gesetzlich untersagt wird.

Die Unterbindung solcher Mitnahmeeffekte »generiert« (Finanzminister Olaf Scholz) zusätzliche Kaufanreize. Zumal ja Maskenpflicht besteht, wenn auch bisher nur für's Tragen. Das Fahren von Masken soll aber in Kürze ebenfalls Pflicht werden – wenn auch zunächst nur in Supermärkten ab 800 Quadratmetern Verkaufsfläche mit ausreichend breiten Gängen zwischen den Regalen. Ein generelles Tempolimit ist nicht vorgesehen. Nur im Kassenbereich bitte nicht überholen (Empfehlung).

Neben den herkömmlichen Verbrennermasken will die Industrie vermehrt auch elektrisch betriebene

Atemschutzmasken auf die Straße bringen. Problem nur: die mangelhafte E-Lade-Infrastruktur. Hier soll ein Vorschlag von Wirtschaftsminister Dieter Altmaier greifen, der ab Sommer allen E-Maskierten gestatten will, »ihre Masken mit dem Strom aus diesen Stromballen zu versorgen, die dann wieder allenthalben auf unseren abgemähten Feldern herumliegen und nur darauf warten, angezapft zu werden ...« – »Äh, hallo, Herr Altmaier! Heißen Sie nicht eigentlich Peter? Im übrigen sind das auf den Feldern keine Strom-, sondern Strohballen. Und die können schon deshalb keine Ladestationen sein, weil sich keine Steckdosen an ihnen anbringen lassen.« Kommentar Altmaier: »Na gut, dann eben Peter.«

**Klarheit kreativ**

In Baden-Württemberg fällt der Vorhang. In der aktuellen Spielzeit werden an den Staatstheatern keine regulären Aufführungen mehr stattfinden. Das bis 31. August vorgesehene Programm wurde abgesagt. Das teilte das baden-württembergische Kunstministerium am Dienstag mit. Statt dessen sollen »kreative künstlerische Formate«, die den Coronavorsichtsmaßnahmen gerecht werden, angeboten werden. Mit der Absage hätten die Württembergischen Staatstheater in Stuttgart und das Badische Staatstheater in Karlsruhe Klarheit.

(dpa/jW)

**Roh und frisch**

Der Hans-Christian-Anderesen-Preis für Kinder- und Jugendliteratur geht heuer an die US-Autorin Jacqueline Woodson und die Schweizer Illustratorin Albertine Zullo. Das gab die Jury des »International Board on Books for Young People« (IBBY) am Montag in Basel bekannt. Der alle zwei Jahre vergebene Preis gilt als wichtigste internationale Auszeichnung der Literatursparte. Woodsons Bücher seien geprägt von einer lyrischen Sprache, kraftvollen Charakteren und vermittelten ein bleibendes Gefühl der Hoffnung, begründete die Jury. Die Dialoge seien auf den Punkt geschrieben, die Geschichten roh und frisch und die Enden befriedigten den Leser. Albertine Zullo erhielt den Preis für ihr kinderliterarisches Gesamtwerk.

(dpa/jW)

# Marsch in Feldgrün

**B**is Herbst 2020 wollen die Grünen ein neues Grundsatzprogramm mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen verabschieden. In diesem Zusammenhang wurden nun zwei programmatische Papiere eingebracht, die es in sich haben. Sowohl in dem von der Grünen-Bundestagsabgeordneten Franziska Brantner verfassten Dokument als auch im ersten »Impulspapier« des »Forums Neue Sicherheitspolitik« der Heinrich-Böll-Stiftung geht es darum, Deutschland und Europa als geopolitischen Akteur militär- und machtpolitisch in Stellung zu bringen – und wohl ebenso sehr darum, die Partei auf Kurs in Richtung einer möglichen schwarz-grünen Koalition zu halten. Damit könnte sich der Wandel der Grünen zur Kriegspartei, der schon vor Jahrzehnten seinen Anfang nahm, weiter beschleunigen.

## »Versagen im Ernstfall«

Auch wenn sich die bellizistische Wende der Grünen schon länger abgezeichnet hatte, ereignete sich der entscheidende Schritt über den Rubikon Ende der 1990er. Bereits kurz nachdem die Grünen aus den Bundestagswahlen im September 1998 als Juniorpartner der künftig SPD-geführten Regierung hervorgegangen waren, wurden sich die Abgeordneten ihrer neuen staatsbürgerlichen Pflichten bewusst: Mitte Oktober legten 29 Abgeordnete der Grünen ihren friedenspolitischen Offenbarungseid ab und stimmten einer deutschen Beteiligung an dem sich anbahnenden NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu (neun lehnten ab und acht enthielten sich).

Der mit eklatanten Lügen gerechtfertigte, völkerrechtswidrige, weil ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates erfolgte NATO-Krieg begann am 24. März 1999. Für Bündnis 90/Die Grünen kam der Showdown schließlich auf dem Bielefelder Parteitag am 13. Mai 1999, während der Bombardierungen Jugoslawiens. Gezeichnet von einem Farbbeutelwurf, nach dem er sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen versuchte, trommelte Außenminister Joseph »Joschka« Fischer vehement für eine Kriegszustimmung durch die Delegierten – mit Erfolg: 444 Befürworter setzten sich gegen 318 Gegner der deutschen Beteiligung an dem Angriffskrieg durch.

Obwohl seinerzeit viel davon die Rede war, es handle sich hierbei um eine »einmalige Ausnahme«, wurde daraus schnell die Regel. Der nächste Akt kam dann, als dem Bundestag im November 2001 der Antrag zu einer Beteiligung deutscher Soldaten an der »Operation Enduring Freedom« (OEF) vorlag. Damals standen in diesem Zusammenhang der Afghanistan-Krieg und der gesamte »Krieg gegen den Terror« zur Abstimmung, den die USA in der Folge der Terroranschläge des 11. September 2001 vom Zaun gebrochen hatten. Nachdem Kanzler Gerhard Schröder die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verbunden hatte, erklärte der Teil der den Einsatz grundsätzlich befürwortenden Opposition, unter diesen Umständen müsse sie gegen den Antrag stimmen. Dies setzte acht erklärte Gegner des Militäreinsatzes innerhalb der Grünen-Bundestagsfraktion erheblich unter Druck, weil eine geschlossene Ablehnung die Regierungsmehrheit zerschoss und Neuwahlen zur Folge gehabt hätte. Aus diesem Grund entschlossen sie sich zu einem schamlosen arithmetischen Akt und teilten ihre Stimmen auf: Vier Gegenstimmen aus den Reihen der Grünen konnten sie sich erlauben, die Regierungsmehrheit war so gesichert.

Zwar versagten die Grünen (wie auch die SPD) dann dem US-Krieg gegen den Irak ab 2003 die Gefolgschaft, was allerdings wohl weniger pazifistischen Erwägungen als dem Bestreben geschuldet gewesen war, dem zu forschen Alleingängen neigenden »großen Bruder« aus Übersee einen Dämpfer zu verpassen. Außerdem war gerade wieder Wahlkampf. Generell befanden sich die Grünen auch weiter konsequent auf dem Kriegspfad: Die nur einen Monat nach Beginn

Die Grünen bringen sich militärpolitisch in Stellung. In Vorbereitung auf eine Koalition mit der CDU wollen auch sie Deutschland überall mitschießen lassen

## Von Jürgen Wagner

des Jugoslawien-Krieges verabschiedete neue NATO-Strategie, mit der derlei Interventionen zur Kernaufgabe der Allianz erklärt wurden, trugen sie ebenso mit wie den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, für die unter anderem die »Verteidigungspolitischen Richtlinien« von 2003 stehen. Auch dem damals noch EU-Verfassung genannten EU-Grundlagenvertrag (heute: Vertrag von Lissabon), mit dem die Weichen in Richtung Militärmacht Europa gestellt wurden, konnten die Grünen fast nur positive Aspekte abgewinnen.

Die endgültige Hinwendung der Grünen zum Bellizismus war für die Friedensbewegung ein heftiger Schlag. Ohne ihre Wende wäre es wohl nicht möglich gewesen, die grundsätzliche Ablehnung deutscher Kriegseinsätze ad acta legen zu können, insofern waren die Grünen maßgeblich an dem beteiligt, was Gerhard Schröder rückblickend als die größte Errungenschaft seiner Amtszeit bezeichnet hat: der »Enttabuisierung des Militärischen«.

Im Jahr 2007 versammelten sich einige der letzten pazifistischen Parteireste in der »Grünen Friedensbewegung« und unternahmen fortan den – vergeblichen – Versuch, die Partei an ihre Wurzeln zu erinnern. In der damaligen Gründungserklärung wurde ihr ein vernichtendes Urteil ausgestellt: »Mit dem Eintritt in die rot-grüne Koalition erodierte die friedenspolitischen Ansprüche der Grünen substantiell. Solange Entscheidungen, an Kriegen teilzunehmen nicht anstanden, war es leicht, gegen den Krieg zu sein. Als es darauf ankam, versagten die Grünen. (...) Die Grünen trieben in den Regierungsjahren den zielstrebigsten Ausbau der Bundeswehr zu einer angriffsfähigen Armee voran. (...) Die Kriegsteilnahmen gingen mit der Entwicklung und Beschaffung neuer Angriffswaffen einher. Dabei erwiesen sich die entsprechenden deutschen bzw. europäischen Waffen in den Jahren grüner Regierungsbeteiligung immer mehr als Exportschlager.«<sup>1</sup>

## Speerspitze des Interventionismus

Wer allerdings erwartet hatte, die Partei würde wieder friedenspolitische Signale aussenden, nachdem sie 2005 aus der Regierung ausgeschieden war, sah sich bald getäuscht: Eine prinzipielle Ablehnung deutscher Kriegseinsätze stand jedenfalls nicht mehr ernsthaft zur Debatte, die Rüstungsausgaben stiegen, der Umfang der Rüstungsexporte erhöhte sich.

Und mehr noch: In vielen Konflikten erwiesen sich die Grünen als regelrechte Speerspitze des deutschen Interventionismus. Überdeutlich wurde dies in der Frage einer deutschen Beteiligung am Kriegseinsatz gegen Libyen im Jahr 2011, dessen verheerende Auswirkungen heute vor aller Augen stehen. Als sich damals die Gegner einer Kriegsbeteiligung um FDP-Außenminister Guido Westerwelle koalitionsintern gegen die Interventionisten um CDU-Verteidigungsminister Thomas de Maizière durchgesetzt hatten, waren es nicht zuletzt Grüne, die dies lautstark kritisierten.

Einmal mehr ging dabei Joseph Fischer vor-

an und strafe im Vorbeigehen gleich noch die letzten skeptischen Reste seiner Partei ab: »Mir bleibt da nur die Scham für das Versagen unserer Regierung und – leider! – auch jener roten und grünen Oppositionsführer, die diesem skandalösen Fehler anfänglich auch noch Beifall spendeten. (...) Die deutsche Politik hat in den Vereinten Nationen und im Nahen Osten ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt, der Anspruch der Bundesrepublik auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat wurde soeben endgültig in die Tonne getreten, und um Europa muss einem angst und bange werden.«<sup>2</sup>

Richtig aus der Deckung sollten die Grünen dann aber im Zuge des Konflikts um die Ukraine ab 2014 kommen. Schließlich waren es nicht zuletzt Spitzenpolitiker wie Marieluise Beck, Rebecca Harms, Franziska Brantner, Ralf Fücks oder Manuel Sarrazin, die sich buchstäblich an vorderster Front für den Umsturz in der Ukraine engagierten. Dass dies unter erheblicher Mithilfe faschistischer Kräfte geschah, wurde augenscheinlich billigend in Kauf genommen, schließlich ging es darum, den gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch loszuwerden, dessen »Schuld« vor allem darin bestand, ein Assoziationsabkommen mit der EU abgelehnt zu haben, mit dem sein Land als peripheres Mitglied der westlichen Einflussphäre einverleibt worden wäre (das Assoziationsabkommen wurde schließlich von dem neuen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko im Juni 2014 unterzeichnet).

Im August 2014 unterschrieben u. a. die oben genannten Grünen-Politiker einen offenen Brief an Kanzlerin Angela Merkel, in dem sie faktisch einen verschärften Konfrontationskurs gegenüber Russland forderten: »Wird Europa zusehen, wie ein Staat zerstört wird, der sich für die europäischen Werte entschieden hat? (...) Die Bundesregierung hat bisher hartnäckig vermieden, von einem Krieg Russlands gegen die Ukraine zu sprechen. Jede realistische Politik beginnt aber damit, die Dinge beim Namen zu nennen. Die EU darf keinen Zweifel daran lassen, dass die Aggression gegen einen Staat, mit dem sie ein Assoziationsabkommen geschlossen hat, einen hohen politischen und ökonomischen Preis kosten wird. Die Sanktionen gegen Russland müssen ausgeweitet, die Unterstützung für die Ukraine auf allen Ebenen verstärkt werden.«<sup>3</sup>

Seither hat sich innerhalb der Grünen ein nahezu pathologischer Russland-Hass breitgemacht. Sie scheinen kaum noch einen anderen Kurs zu kennen als den der Konfrontation. Neu ist in jüngster Zeit, gerade im Lichte des frisch erschienenen Brantner-Papiers, dass inzwischen auch China mehr und mehr ins Visier gerät.

## Europäische Großmachtspolitik

Aus der Feder der Bundestagsabgeordneten Franziska Brantner war sicher kein pazifistisches Manifest zu erwarten. Dennoch ist die Vehemenz überraschend, mit der sie versucht, die Grünen machtpolitisch »besser« aufzustellen. Den Programmprozess will sie als eine »einmalige Gelegenheit« nutzen, um den grünen Positionen im außenpolitischen Bereich »ein Update zu geben«. Was sie darunter konkret versteht, führte Brantner in dem am 16. April 2020 veröffentlichten Papier »Grüne vernetzte Außenpolitik für eine Welt in Unordnung« aus. Sie wolle damit »Grüne Antworten auf die geopolitischen neuen Zeiten« geben und einen »Beitrag dazu leisten«, ein »außenpolitisches Narrativ zu entwickeln«.<sup>4</sup>

Dieses Narrativ besteht im wesentlichen darin, dass Deutschland und die EU auf Konfrontationskurs mit Russland und auch China gehen müssten: »Wir erleben die Rückkehr des geopolitischen Wettbewerbs. Revisionistische Kräfte, wie China und Russland, versuchen die Welt neu zu ordnen. (...) Europa muss als geopolitischer Akteur erwachsen werden. (...) Wenn wir nicht zusammenstehen, dann werden wir Schachbrettfiguren, im Spiel der Großmächte.«

Es bedürfe deshalb einer »vernetzten Geopoli-

tik«, die aber im Kern augenscheinlich darin besteht, wirtschaftliche Verflechtungen mit diesen Rivalen aufzulösen: »Die anderen politischen Parteien handeln nicht entsprechend dieser neuen außenpolitischen Situation der »vernetzten Geopolitik«. Im Gegenteil, sie ermöglichen deutsche und europäische Schwachstellen. Die SPD treibt Putins Nordstream 2 Projekt voran, stärkt dadurch Russlands Gashebel und unterminiert die europäische Energiesolidarität. (...) Die Kanzlerin will Huawei nicht vom deutschen 5G-Netz ausschließen und erlaubt damit möglicherweise, dass die KP Chinas demnächst an der Schaltzentrale des digitalen Nervensystem Deutschlands sitzt.«

Besonders das neue Feld der »Tech-Geopolitik« hat es Brantner angetan, für das sie unter anderem – ganz auf Linie mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron oder etwa dem »Manifest für die digitale Souveränität und geopolitische Wettbewerbsfähigkeit Europas« des CDU-EU-Abgeordneten Axel Voss – eine Art 5G-Offensive fordert (siehe *junge Welt* vom 8.4.2020): »Auch technologisch und wirtschaftlich (müssen wir) uns behaupten können, sei es bei der Künstlichen Intelligenz, bei der Quantentechnologie oder systemkritischen Komponenten wie Halbleiter. (...) Das bedeutet, existierende europäische Player zu stärken und auszubauen. Mit Blick auf die 5G Debatte dürfen Nokia und Ericsson, ebenso wie die kleineren 5G Anbieter wie Amarisoft oder andere, weder durch chinesische, staatlich subventionierte Anbieter vom Markt gedrängt werden, noch amerikanisch aufgekauft werden. Die Europäische Union sollte statt dessen gezielt ein europäisches 5G Konsortium ermöglichen und finanziell unterstützen.«

Generell stelle sich folgende Frage: »Wie sorgen wir dafür, dass wir die Eskalationsspirale dominieren und nicht Putin, Erdogan oder Xi Jinping?«

Die Antwort liefert sie gleich mit, nämlich durch eine gezielte EU-Machtpolitik: »Die Realität ist, dass kein europäisches Land alleine gegen die neuen Großmachtsprüche bestehen kann. (...) Der Rückzug der USA zwingt uns Europäer dazu, zur Macht zu werden, wenn wir nicht in neue Abhängigkeiten geraten wollen.«

Gleichzeitig soll die Aufrüstung der EU die Möglichkeit eröffnen, die transatlantische Machtverteilung neu zu regeln: »Die Trump-Administration behandelt Europa zunehmend als Vasall, wenn nicht als Rivale, anstatt als Verbündeten. Um den internationalen Herausforderungen gerecht zu werden, muss Europa erwachsen werden und die Arbeitsteilung in der transatlantischen Allianz neu sortieren. Wenn wir wollen, dass Trump uns auf Augenhöhe behandelt, dann müssen wir uns auf Augenhöhe bewegen. Das bedeutet auch unseren eigenen Kontinent geopolitisch ordnen zu können, unsere Militärfähigkeiten optimieren und ein eigenständiger Akteur zu werden, der trotz Eigenständigkeit eng mit den USA verbunden bleibt und wo möglich an einem Strang zieht.«

Über Militäreinsätze finden sich in Brantners Papier folgende Passagen: »Und wir sind eine Friedenspartei. Wir Grüne wurden auf dem Höhepunkt der deutschen Friedensbewegung gegründet und verdanken dieser Bewegung viel von unserer Überzeugungskraft als Partei. (...) das macht uns besonders vorsichtig im Umgang mit militärischen Mitteln. (...) Trotzdem schließen wir die Anwendung solcher Mittel nicht grundsätzlich aus.«

Was das konkret bedeuten soll, bleibt weitgehend nebulös, an einer Stelle schreibt Brantner allerdings: »Welche Arbeitsteilung braucht es zwischen Frankreich und Deutschland? Unsere französischen Verbündeten haben eine andere Einstellung zu Militäreinsätzen. Sie sehen darin oft einen Teil der Lösung, während wir darin meistens einen Teil des Problems sehen. Beide Positionen basieren auf sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen. Sie dürfen aber nicht länger zu einer bequemen und bisher oft ange-





Im Bundestagswahlkampf 1998 als Friedenspartei aufgetreten, 1999 umgefallen. Eine Aktivistengruppe weist durch das Überkleben von Grünen-Plakate auf die Heuchelei der Partei hin (Darmstadt, 28.4.1999)

STEPHANIE PLICK/PICTURE-ALLIANCE / DPA

wandten Arbeitsteilung führen, die die lebensgefährlichen Aufgaben den Franzosen und die logistischen Aufgaben den Deutschen überlässt.«

Wenn auch reichlich verklausuliert handelt es sich dabei doch um ein Plädoyer für »robustere« Einsätze der Bundeswehr – auch und gerade mit Blick auf die aktuelle französische Forderung nach mehr Unterstützung im Mali-Krieg. Und spätestens hier ist Brantner dann von CDU-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer nicht mehr zu unterscheiden, die dies bereits in einer Grundsatzrede im November vorigen Jahres gefordert hatte.

### Völkerrecht hat ausgedient

Während sich Brantners Text primär um geopolitische Fragen dreht und militärische Aspekte eher nur am Rande streift, verhält es sich bei dem Ende April 2020 veröffentlichten Impulspapier »Die Zukunft von Auslandseinsätzen« genau umgekehrt.<sup>5</sup> Herausgegeben wurde es vom »Forum Neue Sicherheitspolitik« der Grünen-nahen Böll-Stiftung, auf deren Homepage folgendes zu lesen ist: »Ziel des Forums ist es, den grünen und grün-nahen sicherheitspolitischen Nachwuchs zu fördern, und mid-career Expert/innen in Regierungsinstitutionen, Think Tanks, Forschungsinstituten und Parlament zu stärken und zu vernetzen. Die Vernetzung und Förderung dient dabei dem doppelten Zweck, sowohl als Ideenwerkstatt als auch als tagespolitisches Reflexionsforum Impulse für die grüne sicherheitspolitische Debatte zu generieren.«

Gegründet wurde das Forum, dem insgesamt 28 Mitglieder angehören, im November 2019. Sein erstes Impulspapier wurde nun von fünf dieser Mitglieder verfasst, die allesamt an relativ bekannten »Denkfabriken« angedockt sind: Sophia Besch (Centre for European Reform),

Sarah Brockmeier (Global Public Policy Institute), Tobias Bunde (Centre for International Security, Hertie School), Gerrit Kurtz (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) und Robin Schroeder (Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel).

Auch dieses Papier versteht sich als Beitrag zur »Debatte um das nächste Grundsatzprogramm«, wobei es nur eine einzige Forderung erhebt. Gegenstand ist die – völkerrechtlich zwingende – Bindung deutscher Kriegseinsätze an ein Mandat des UN-Sicherheitsrates, die inzwischen – zumindest offiziell – wieder Teil der Programmatik geworden ist. So heißt es im aktuellen Grundsatzprogramm: »Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Darum brauchen Auslandseinsätze ein Mandat der Vereinten Nationen.« Im Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2017 hieß es: »Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.«

Hiermit wollen die Autoren des Impulspapiers ein für allemal aufräumen: »Die Grünen sollten darauf verzichten, im Grundsatzprogramm und im nächsten Wahlprogramm die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr von einem Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen abhängig zu machen.«

Sie nennen drei Gründe, weshalb dies notwendig sei: Erstens erfordere »eine neue Ära des Großmachtwettbewerbs« neue Denkansätze. Zweitens würden »Auslandseinsätze der Bundeswehr auch weiterhin notwendig bleiben«. Und drittens sei die »Wahrscheinlichkeit, dass sich die fünf Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat auf ein Mandat einigen, stark gesunken.«

Dass es von den Architekten der UN-Charta womöglich gewollt war, möglichst hohe Hürden für Militäreinsätze zu errichten, kommt den »Expert/Innen« augenscheinlich nicht in den Sinn.

Schließlich wollen sie sich von keinen rechtlichen Bedenken bei der Umsetzung einer »Kernlehre der Partei« abhalten lassen, nämlich dass Krieg gleich Frieden ist: »Wer in diesem Kontext auf die VN-Mandatspflicht verweist (ist bereit) die Kernlehre der Partei aus einer beispiellosen Auseinandersetzung mit den bisherigen Auslandseinsätzen zu ignorieren: Dass es auf die politischen Lösungen ankommt. Wer politische Lösungen für die Krisen und Konflikte in der europäischen Nachbarschaft vorantreiben und Menschen schützen möchte, der muss zumindest die Möglichkeit offenlassen, als ultima ratio auch militärische Mittel zur Unterstützung solcher Lösungen einzusetzen. Diese politische Notwendigkeit kann nicht automatisch dann enden, wenn der Sicherheitsrat blockiert ist.«

### Auf Kurs Richtung Schwarz-Grün

Die beiden Papiere sollen die Grünen auf den aktuellen militärisch-machtpolitischen Stand bringen – dementsprechend wohlwollend wurden sie auch in der »strategischen Gemeinschaft« der Union aufgenommen. Ihre programmatische Stoßrichtung ist jedenfalls eindeutig: Zwischen sie und schwarze (oder gelbe) außen- und militärpolitische Vorstellungen passt kaum noch ein Blatt Papier, und das ist wohl auch die zentrale Botschaft, die von diesen beiden Papieren ausgehen soll.

In gewisser Weise wird damit lediglich eine Entwicklung fortgesetzt, die mit der endgültigen Zustimmung zu deutschen Kriegseinsätzen auf dem Bielefelder Parteitag 1999 ihren Anfang nahm. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Eckhard Stratmann-Mertens, der daraufhin umgehend aus der Partei austrat, merkte dazu an, ihm als anerkanntem Kriegsdienstverweigerer sei es »nicht länger erträglich (gewesen), einer

Partei im Krieg, dazu noch mit offenem Völkerrechtsbruch, anzugehören. (...) Der Bielefelder Parteitag war eine strategische Wegmarke für die weitere Entwicklung der Partei bis heute: Die innerparteilichen Machtverhältnisse wurden unumkehrbar in Richtung unbedingte Regierungsbeteiligung verschoben. Dass auf Rot-Grün nun bald Schwarz-Grün folgt, ist daher nur konsequent.«<sup>6</sup>

### Anmerkungen

- 1 Das friedenspolitische Erbe der Grünen bewahren! Grüne Friedensinitiative, Ostern 2007
- 2 Joschka Fischer: Deutsche Außenpolitik – eine Farce, Süddeutsche Zeitung, 24.3.2011
- 3 Offener Brief an Kanzlerin Merkel und den damaligen Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier, <https://rusland.boellblog.org/29.8.2014>
- 4 Grüne vernetzte Außenpolitik für eine Welt in Unordnung, [www.franziska-brantner.de/16.4.2020](http://www.franziska-brantner.de/16.4.2020)
- 5 Sophia Besch u. a.: Die Zukunft von Auslandseinsätzen. Die Grünen sollten Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht von einem VN-Mandat abhängig machen, Forum Neue Sicherheitspolitik, Impulspapier Nr. 1, 28.4.2020
- 6 Markus Decker: Zwischen Krieg und Frieden: Der Bielefelder Grünen-Parteitag 1999, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 14.11.2019

■ Jürgen Wagner schrieb an dieser Stelle zuletzt am 8. April zusammen mit Özlem Demirel über die »digitale Geopolitik« der EU.

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten:

### Arbeit und Depression. Psychosoziale Risiken der Arbeitswelt

Von Christina Meyn





# Staatenimmunität

Viel ist derzeit von Immunität die Rede. Darf als immun gegen SARS-2-Cov gelten, wer die Viruserkrankung Covid-19 durchstanden hat? Und erhält der dann fürderhin in diesem Land einen Immunitätsausweis, der ihm im Kampf um einen Arbeitsplatz in absehbar krisensturmgeschüttelter ökonomischer Lage einen staatlich beglaubigten Vorteil gegenüber dem noch nicht Erkrankten verschafft?

Wo Immunität in der Konkurrenz der Lohnarbeiter ein Wettbewerbsvorsprung zu werden droht, erscheint sie in der Rivalität der Staaten plötzlich als zu beseitigendes Hemmnis: Die USA erwägen, China per US-Gesetz die Staatenimmunität zu nehmen, um Beijing für angebliche Versäumnisse und Vertuschungen im Umgang mit der Verbreitung des Coronavirus haftbar zu machen. Der Generalstaatsanwalt des US-Bundesstaats Missouri hat bereits Zivilklage gegen die chinesische Regierung eingereicht. China habe die ansteckende Natur des Virus verschwiegen und damit erheblichen wirtschaftlichen Schaden verursacht.

Leicht zu durchschauen ist die Angelegenheit als fadenscheiniges Manöver, vom Versagen der Politik und der gesellschaftlichen Ordnung insgesamt

abzulenken, die an Gesundheit nur insoweit ein Interesse haben, als Ausbeutung der Ware Arbeitskraft zwecks Kapitalvermehrung gesichert ist. Bleibt die Frage, was bedeutet Staatenimmunität, und kann die mal soeben der eine dem anderen Staat entziehen?

Staatenimmunität besagt zunächst ganz schlicht, dass die Hoheitsakte eines Staates nicht von den Gerichten eines anderen Staates überprüft werden können. Dieses noch heute überwiegend ungeschriebene Völkergewohnheitsrecht basiert auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten, wie er in Artikel 2.1 der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist. Weil alle Staaten gleich sind, soll kein Staat über einen anderen zu Gericht sitzen dürfen: »Par in parem non habet imperium« (»Gleiches hat über Gleiches keine Herrschaft«).

Der deutsche Staat hat unter Berufung auf dieses Prinzip Schadensersatzforderungen italienischer Zivilgerichte im Zusammenhang mit den Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg parieren können. Die Bundesrepublik sah in den Forderungen ihre Immunität verletzt, klagte vor dem Internationalen Gerichtshof und erhielt recht. Die italienischen Gerichtsentscheidungen waren



Entzug der Staatenimmunität durch US-Gerichte? Wandbild mit Chinas Staatschef Xi in Wuhan

demnach völkerrechtswidrig. Insoweit Staaten mehr und mehr auch als wirtschaftliche Akteure international agieren und damit gewissermaßen wie »Private«, mithin nicht hoheitlich, gilt nach überwiegender Rechtsauffassung inzwischen bloß noch eine eingeschränkte Staatenimmunität. Nicht abschließend geklärt ist derweil, wodurch sich hoheitliches Handeln eines Staates auszeichnet. »Als problematisch«, heißt es in einer Fachinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2009, »gilt der Fall der Geltendmachung finanzieller Entschädigungen für durch

Handeln eines fremden Staates entstandene Personen- oder Sachschäden«. In Artikel 12 des »Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit« werden darauf gerichtete Klagen unter der Voraussetzung von der Immunität ausgenommen, dass die Schäden auf dem Gebiet desjenigen Staates verursacht wurden, vor dessen Gerichten der finanzielle Ausgleich durch den fremden Staat geltend gemacht wird. Das Abkommen ist bisher nicht in Kraft getreten, da es noch nicht von einer ausreichenden Zahl von Staaten, so auch nicht von China, ratifiziert

worden ist. Die USA haben das Dokument nicht einmal unterschrieben. Missouri beruft sich in seiner Zivilklage gegen China aber auch gar nicht auf ungültige völkerrechtliche Verträge, sondern auf Ausnahmen im Foreign Sovereign Immunities Act, einem US-Bundesgesetz von 1976. Entsprechende Winkelzüge vorausgesetzt, könnten US-Gerichte auf dieser Grundlage zu dem Schluss gelangen, China genieße keine Immunität. Die Vollstreckung entsprechender Schadensersatzurteile wäre dann eine weitere Eskalation aus rein politischem Kalkül – lange vor der Herdenimmunität. **Daniel Bratanovic**

## Medien

### NACHSCHLAG

■ Interview | Mi., 7.15 Uhr, DLF  
**Der Konjunktivminister**

Stellen Sie sich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) dieser Tage als überflüssigen Mann vor. Eigentlich wäre er in der Coronapandemie in einer günstigen Situation. Ständige Fernsehpräsenz, wichtige Ansagen. Doch sein Problem ist der bundesdeutsche Föderalismus. Die wichtigsten Kompetenzen liegen eben auf Länderebene. Das war solange kein Problem, wie pandemiebedingte Einschränkungen zu verkünden waren – die wollte niemand auf seine Kappe nehmen, Popularität ist hier nicht zu gewinnen. Nun aber, wo die Rücknahme der Maßnahmen ansteht, buhlen die Ministerpräsidenten darum, als erste gute Nachrichten verkünden zu können. Spahn, so der DLF-Interviewer, stehe da ja eher »an der Seitenlinie«. Der Minister findet, dass jede Debatte über die notwendigen Maßnahmen zu begrüßen sei. Was soll er auch machen. Man müsse bedenken, »was das für die Wirtschaft bedeutet«. Und, das fällt ihm dann noch ein: »Wie wir den Gesundheitsschutz sicherstellen.« Ja, wäre gut. Konjunktiv II ist angebracht. (st)

### VORSCHLAG

**Nackt unter Wölfen**

Wenige Wochen vor der Befreiung Buchenwalds erreicht ein dreijähriges Kind im Inneren eines Koffers das Konzentrationslager und ist dem Tode geweiht, würde sich nicht eine Gruppe von Häftlingen des Jungen annehmen und ihn vor der SS verstecken. Dies wird zur schwersten Prüfung der einzelnen Häftlinge, die das nackte Überleben des Kindes sichern und damit auch ihre eigene Hoffnung auf eine Zukunft behalten. Vom berühmten Buch über den großartigen Defa-Film von Frank Beyer zu dieser Version von Philipp Kadelbach. D 2015.

■ Das Erste, 20.15 Uhr

**Zeugen des Krieges**

**Kriegsfotografie im Wandel**

Noch vor wenigen Jahrzehnten waren Fotos aus Kriegsgebieten etwas Besonderes. Neue technische Möglichkeiten und die Verfügbarkeit von Informationen veränderten die Arbeit der Fotografen und damit die Darstellung von Krieg. D 2020.

■ 3sat, 21.00 Uhr



Pablo Neruda (Luis Gnecco, r.) will mit seiner Frau Delia nach Argentinien flüchten: »Neruda«

**Neruda**

In einer Rede vor dem Kongress bezichtigt Senator Pablo Neruda, ein Dichter und Kommunist, die Regierung Präsident Videlas des Verrats – und wird seines Amtes enthoben. Der Kalte Krieg ist in Chile angekommen. Neruda entzieht sich seiner Verhaftung und taucht ab. Mitten in der Arbeit an seiner Gedichtsammlung »Canto General« versucht er, mit seiner Frau das Land auf geheimen Wegen zu verlassen. CHI/ARG/F/E/USA 2016.

■ Arte, 22.30 Uhr

## Schulen im Coronastress

Lernen aus der Krise

Beim sogenannten Homeschooling gehen die Meinungen auseinander – mindestens so wie beim Homeoffice. Während die einen zufrieden sind und beim Lernen regelrecht aufblühen, fühlen sich andere überfordert und alleingelassen. Viele Mängel des deutschen Schulwesens treten im Stresstest noch deutlicher als sonst zutage. Lehrer berichten, dass teilweise ganze Klassen während der Schulschließungen abtauchen. Wie es anders gehen kann, zeigt eine Schule in Marburg. Die Richtsberg-Gesamtschule suchte bereits vor der Pandemie nach Möglichkeiten, das Lernen in der Schule so umzugestalten, dass es für alle Kinder funktioniert, ganz gleich, ob sie von ihren Eltern unterstützt werden. Lehrer heißen hier Lernbegleiter und kümmern sich individuell um die Kinder. Frontalunterricht wie früher gab es schon vor der Krise nicht mehr. Davon profitieren nun Lehrer und Schüler. Es gelingt, fast alle Kinder der Stufe zu erreichen. Die Eltern von Bawan, vor vier Jahren aus Syrien geflüchtet, sind sehr zufrieden.

■ ZDF, 22.55 Uhr

## Veranstaltungen

»3 x 3 #10: Corona im post-jugoslawischen Raum«. »Corona – Panke digital«: Fragen an Krunoslav Stojakovic vom Belgrader Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Heute, 6.5., 17 Uhr, Dauer ca. 10 min. Veranstalter: Helle Panke e. V., www.helle-panke.de

»Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!« Gedenken im Sowjetischen Ehrenmal. Freitag, 8.5., Puschkinallee, Berlin-Treptow. In der Zeit von 10–19 Uhr können am Mahnmahl »Mutter Heimat« Blumen und Kränze abgelegt werden. Aufrufer: Berliner VVN-BdA, BdA Treptow

»75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg«. Kundgebung. Verlesen des Berliner Briefes an die Bevölkerung Russlands, Redner: Lühr Henken (Friko Berlin), Musik: Pablo Miró. Freitag, 8.5., 11 Uhr, Sowjetisches Ehrenmal, Straße des 17. Juni, Berlin-Mitte. Aufrufer: Friedenskoordination (Berlin)

»75 Jahre Befreiung – Niezapominajka! Vergiss mein nicht!« Gedenken an den Gräbern der Zwangsarbeiterkinder. Freitag, 8.5., 18 Uhr, Alter Friedhof, Bismarckstr. 45, Müllheim. Aufrufer: Friedensrat (Müllheim)

»Tag der Befreiung – Erinnern heißt kämpfen«. Kundgebungen an drei verschiedenen Orten in Hannover. Freitag, 8.5., 17.30 Uhr: Pavillon/Mahnmal Gerichtsgefängnis, 18.30 Uhr: Limmerstr., Ecke Leinaustr., 19 Uhr: Pfarrlandplatz/Halim-Dener-Platz. Aufrufer: VVN-BdA, Nav-Dem(Hannover) u. a.

■ Alle Veranstaltungen finden unter Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen statt.

■ termine@jungewelt.de

**Die Tageszeitung**  
**junge Welt**  
**Ladengalerie**  
Galerie • Buchhandlung • Treffpunkt  
Torstraße 6 • 10119 Berlin  
Wir haben ab 5. Mai wieder geöffnet!  
Dienstag bis Freitag, 12 bis 18 Uhr.  
www.jungewelt.de/ladengalerie



8. Mai, 19.30 Uhr ■ Die Ladengalerie geht online!

Ausstellungseröffnung und Diskussion mit Buchvorstellung  
**Die Befreiung – Geschichten und Denkmale**  
Mit Gesine Löttsch, Alexander Rahr und Fritz Schumann.  
Moderation: Stefan Huth

**Buchvorstellung:** »Der 8. Mai. Geschichte eines Tages«, herausgegeben von Alexander Rahr und Wladimir Sergijenko (Das neue Berlin, 224 Seiten, zahlr. Abbildungen). Ausgewählte Motive daraus werden bis 22. Juni 2020 im Rahmen der Ausstellung »Denkmale der Befreiung. Spuren der Roten Armee in Deutschland« in der jW-Ladengalerie zu sehen sein.

FOTO: TASS/JEWGENI CHALDEI/TASS/DPA





# Gedenken verboten

Baltische Staaten verlängern Quarantäne über »Tag des Sieges« der Sowjetunion hinaus. Veranstaltungen dazu bleiben untersagt. **Von Reinhard Lauterbach**

Es hätte das Coronavirus sicher nicht gebraucht, aber jetzt kommt es gelegen: In den baltischen Staaten haben die Behörden die Pandemiequarantäne bis mindestens Mitte Mai verlängert. In der lettischen Hauptstadt Riga wurde das Demonstrationsverbot zum sowjetischen Siegestag ausdrücklich mit der Ansteckungsgefahr begründet. Die litauische Regierung erklärte nur, die Quarantäne sei bis mindestens 13. Mai verlängert. Damit sind Veranstaltungen, die die Erinnerung an das Kriegsende durch den Einsatz sowjetischer Truppen damals pflegen, automatisch illegal.

Zufall ist das nicht. Schon im März wurde in der Hafenstadt Klaipeda der Aktivist Aleksejus Greicius unter Spionageverdacht festgenommen und für drei Monate in Untersuchungshaft gesteckt. Ähnliches geschah zwei weiteren Aktivisten prorussischer Gruppen in anderen litauischen Städten. Was Greicius ausgekundschaftet haben soll, wurde nicht mitgeteilt. Bekannt ist aber, dass er in den vergangenen Jahren den lokalen Ableger der Gedenkveranstaltung »Unsterbliches

Regiment« organisiert hat. Diese vor einigen Jahren in Russland ins Leben gerufene Tradition besteht darin, dass Menschen mit Fotos ihrer Vorfahren, die im Zweiten Weltkrieg auf sowjetischer Seite gekämpft haben, auf die Straße gehen. Das trägt einerseits der Tatsache Rechnung, dass naturgemäß immer weniger Veteranen noch am Leben sind, erfreut sich aber andererseits zumindest in Russland offenbar auch echter Popularität.

Welche Rolle offizielle russische Stellen bei der Organisation solcher Veranstaltungen im Baltikum spielen, ist nicht bekannt. Ukrainische Medien beschuldigten in den vergangenen Jahren die 2011 vom russischen Außenministerium gegründete Gortschakow-Stiftung, Geld bei Staatsunternehmen wie Gasprom einzusammeln und diese Mittel an prorussische Gruppen im »nahen Ausland« weiterzuleiten. 2015 soll der jetzt inhaftierte Greicius über diese Kanäle Geld für die Produktion eines »pseudopazifistischen« Videoclips mit der Parole »Nein zum Krieg!« erhalten haben, behauptete die ukrainische Internetseite »inform-

napalm.org« unter Berufung auf verlinkte Dokumente. Diese enthalten keine Briefköpfe, Logos oder ähnliche Kennzeichnungen, weshalb ihre Echtheit nicht nachprüfbar ist. Die Seite nannte solche Aktivitäten »aggressive soft power«, scheute allerdings selbst vor offenen Lügen nicht zurück. So findet die Behauptung, in den Antragsformularen sei davon die Rede, dass jeder Bezug auf die lokale, das heißt litauische, Kultur als »russophob« unerwünscht sei, im Text des als Beleg angeführten Dokuments keine Bestätigung.

Moskau unterstützt die Organisationen seiner Landsleute im Baltikum, das ist kein großes Geheimnis. Im Januar dieses Jahres veröffentlichte die litauische russischsprachige Onlinezeitung »kurier.lt« einen Bericht von der Jahreshauptversammlung des Dachverbandes der russischen Vereine Litauens, die im Dezember stattgefunden hatte. Der Reporter zählte 54 Teilnehmer. Davon waren mindestens fünf Beschäftigte russischer diplomatischer Vertretungen im Lande, die auch als Redner auftraten.

Die Frage ist eher, in welchem Maße es Russland ist, das diese Gruppen am Leben hält. Zumindest in Litauen scheinen sie stark an Überalterung zu leiden. Auf der genannten Versammlung wurde als Hauptaufgabe für dieses Jahr neben der Feier des 75. Jahrestags des sowjetischen Sieges über den deutschen Faschismus formuliert, die »Generationenkontinuität« zu wahren.

Indirekt wird die offenbar schwache Attraktivität der prorussischen Organisationen für jüngere Leute auch aus den Klagen über das litauische Bildungswesen deutlich. So hieß es in dem Bericht, 2019 seien 80 litauische Abiturienten russischsprachiger Gymnasien zum Studium nach Russland gegangen. Das ist bei einer Gesamtzahl von 14.500 Schülern an den noch 30 russischsprachigen Schulen im Lande keine überwältigende Zahl. Andererseits scheinen die russischen Schulen Litauens nur mäßig interessiert zu sein, ihre Schüler auf die Integration in diesen baltischen Staat vorzubereiten. Bei dem als Voraussetzung für das litauische Abitur vorgeschriebenen Sprachtest fielen 23 Prozent der russischsprachigen Schüler 2019 durch.

## Beschmutzte Porträts von KZ-Überlebenden

**Weimar.** Unbekannte haben eine Freiluftausstellung mit Fotoporträts von Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald der Nazis in Thüringen beschmutzt. Auf den Porträts seien fünf Flugblätter mit Bezug zur Coronapandemie angebracht worden, sagte ein Polizeisprecher am Sonntag. Dies sei bereits am Donnerstag entdeckt worden, die Flugblätter wurden demnach entfernt. Der Organisator der seit etwa einem Jahr gezeigten Ausstellung, Martin Kranz, hatte am Sonntagabend von einem ähnlichen Vorfall eine Woche zuvor berichtet. Dabei seien mehrere Porträts mit Aufklebern mit der Aufschrift »Risikogruppe« geschändet worden. Auch diese wurden entfernt. Die Ausstellung »Die Zeugen« mit 16 Fotografien ehemaliger Gefangener des KZ Buchenwald säumt die Straße vom Weimarer Hauptbahnhof bis zum neuen Bauhaus-Museum. (dpa/jw)

## Gericht: NPD-Wahlplakat war volksverhetzend

**Düsseldorf.** Das Entfernen von Wahlplakaten der NPD vor der Europawahl 2019 in Mönchengladbach war laut Gerichtsurteil rechtmäßig. Die Aufschrift »Stoppt die Invasion: Migration tötet!« sei volksverhetzend, wie das Düsseldorfer Verwaltungsgericht am Donnerstag mitteilte. Damit wurde eine Klage der faschistischen Partei abgewiesen. Diese war zuvor bereits mit einem Eilantrag gescheitert. Das Gericht befand, Einwanderer würden böswillig verächtlich gemacht, womit ihre Menschenwürde angegriffen werde. Und die Plakate seien geeignet, »den öffentlichen Frieden zu stören«. Betroffene würden pauschal als gefährlich gebrandmarkt und mit Tötungsdelikten in Verbindung gebracht. Gegen das Urteil kann die NPD allerdings noch einen Antrag auf Zulassung der Berufung beim nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht in Münster stellen. (dpa/jw)

# Todesursache Polizeigewahrsam

Antifaschistische Zeitung *Lotta* mit Schwerpunkt auf institutionellem Rassismus

Bei der Lektüre antifaschistischer Magazine stellt sich ein Gefühl schnell ein: Wut. Wut über die gesellschaftliche Akzeptanz von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und das offenkundige Desinteresse deutscher Behörden, dagegen vorzugehen. So ist es auch im Falle der aktuellen Ausgabe von *Lotta*, der antifaschistischen Zeitung aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen. In ihrer 78. Ausgabe legen die Macherinnen und Macher den Schwerpunkt auf rassistisch motivierte Polizeigewalt sowie auf Todesfälle in und durch Polizeigewahrsam.

In vier Texten analysieren die Autorinnen und Autoren, wieso es sich bei der Gewalt, die vor allem Illegalisierte durch die Polizei erleiden, nicht um Einzelfälle handelt. Vielmehr sind sie Ausdruck eines rassistischen Systems. Die Täter werden oftmals von Kolleginnen und Kollegen gedeckt, die Taten unter den Teppich gekehrt. Ein Beispiel ist der mutmaßliche Mord an Oury Jalloh, der in seiner Zelle verbrannte (siehe jw vom 15.1.). Die Behörden behaupten nach wie vor, er hätte Suizid begangen, obwohl zahlreiche Untersuchungen darauf hinweisen, dass die Ursache für seinen Tod »äußere Einwirkungen« – also: Polizeigewalt – gewesen sein muss.

Dabei handelt es sich lediglich um den bekanntesten von zahlreichen Fällen. Im Zeitraum von Januar 2019 bis einschließlich März 2020 sind in der BRD, so Céline Barry und Niko Fochler von der Kampagne »Death in Custody«, zehn »People of Color« (Menschen nichtweißer Hautfarbe) bei Polizeieinsätzen oder in Gewahrsam getötet worden. Die beiden Beiträge zu dem willkürlich inhaftierten und ebenfalls in Haft verstorbenen Amad A. zeigen: Nichtweiße Menschen sind für zahlreiche Polizeibeamte austauschbar und werden nicht als Subjekte wahrgenommen. Jedoch bildet sich Widerstand, auch durch den Einfluss der ebenfalls



»Das war Mord«: Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Demonstration in Gedenken an Oury Jalloh, der vor 15 Jahren in einer Polizeizelle starb (Dessau-Roßlau, 7.1.2020)

thematisierten »Black Lives Matter«-Bewegung in den USA.

Einen weiteren Schwerpunkt im Heft bildet die Auseinandersetzung mit der Rolle der AfD als Bindeglied zwischen sich bürgerlich schimpfenden Vereinen wie der CDU »Werteunion« und der extremen Rechten. So wird zunächst dargelegt, wieso die AfD, bei aus politischem Kalkül abgegebenen Lippenbekenntnissen zum Staat Israel, von Grund auf antisemitisch ist. Dies drücke sich demnach in ihrer Verharmlosung des Hitlerfaschismus sowie in der Tatsache aus, dass zahlreiche Vertreter der antisemitischen Verschwörungsideologie vom »Großen Austausch« anhängen – nach dem gleichnamigen Roman von Renaud Camus. Ein weiterer Beitrag zum Thema gilt dem

Versuch der AfD, ein Schulungszentrum im Westerwald zu etablieren. Das soll als neuer rechter Thinktank fungieren. Schließlich rundet die Analyse der Werteunion als »Türöffner nach Rechtsaußen« das Bild ab. Darin wird zudem historisch untermauert, wie eng Faschismus und Konservatismus miteinander verwoben sind.

Daneben werden das Verbot von »Combat 18 Deutschland«, das rechtsterroristische »Hannibal«-Netzwerk sowie Morde an Frauen thematisiert. Besonders herauszuheben ist der zweite von insgesamt drei Teilen von Günter Borns historischer Analyse der Entstehung des deutschen Faschismus, der sich mit der Rolle der Freikorpsheiten und dem Kapp-Lüttwitz-Putsch befasst.

Jeder Beitrag beschränkt sich dabei nicht nur auf das Beschreiben aktueller politischer Sachverhalte, sondern ergänzt diese durch eine historische, soziologische und politische Einordnung. Gerade das ist für einen radikalen Antifaschismus unerlässlich: die bittere Erkenntnis, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in bürgerlichen Verhältnissen bereits angelegt ist.

**Veronika Kracher**

■ *Lotta* – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 78: Tod durch Polizei und Gewahrsam. 66 Seiten, 3,50 Euro, Bezug: *Lotta*, Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen, Online: lotta-magazin.de, E-Mail: lotta-vertrieb@nadir.org

ANZEIGEN

### Wo Ferien noch Ferien sind - auf dem Hollerhof -

- Rundum Natur pur – viel Ruhe
- Kittners Bibliothek von etwa 10 000 Büchern
- 3 komfortable Ferienwohnungen (93 bzw. 63 qm) für 2–5 Personen

Tel: +43 (0)3476 20525  
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at  
www.hollerhof.at

### Gefangene haben keinen Zugang zum Internet!

Bitte spenden Sie die »junge Welt« an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00 Kennwort: »junge Welt« www.freibabos.de





**Fußball**  
**Ohne Abstand**

**Berlin.** Bundesligist Hertha BSC hat seinen Stürmer Salomon Kalou nach einem aufsehenerregenden Facebook-Video suspendiert. Der Ivorer hatte am Montag mittag gezeigt, wie er auf dem Vereinsgelände und in der Kabine einige Mitspieler und Mitarbeiter des Klubs per Handschlag begrüßt. Damit verstieß Kalou gegen die Abstandsregeln zur Eindämmung der Coronapandemie. Wenige Stunden später verkündete die Hertha die Suspendierung des 34-jährigen. Dieser habe »mit seinem Video nicht nur Hertha BSC einen großen Schaden zugefügt, sondern vor allem in der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion über die Wiederaufnahme des Spielbetriebs und die Rolle des Profifußballs den Eindruck erweckt, dass einzelne Spieler das Thema Corona nicht ernst nehmen«, sagte Hertha-Manager Michael Preetz. (sid/jw)

**Fußball**  
**Alle für einen**

**Aue.** Bei Zweitligist Erzgebirge Aue ist eine Person aus dem Funktionsteam im Zuge der zweiten Testreihe positiv auf das Coronavirus getestet worden. Der gesamte Spielerkader samt Trainer- und Funktionsteam hat sich daraufhin freiwillig bis Donnerstag in häusliche Quarantäne begeben. Der Verein verwies darauf, dass mit der Entscheidung für häusliche Quarantäne die Vorsichtsmaßnahmen nochmals verstärkt werden seien. Die Mannschaft stehe in engem Kontakt mit der Gesundheitsbehörde und habe diese umfassend über den Fall informiert. Die häusliche Quarantäne gilt vorerst bis zum 7. Mai, dann steht die dritte Testreihe in Aue auf dem Programm. Aues Geschäftsführer Michael Voigt soll nach dem positiven Test umgehend Kontakt mit Professorin Barbara Gärtner aufgenommen haben. Die Fachärztin und Mikrobiologin gehört der von der Deutschen Fußballliga (DFL) ins Leben gerufenen Taskforce an und stimmte das weitere Vorgehen mit dem Verein ab. (sid/jw)

**Hockey**  
**Nach Paris**

**Köln.** Bundestrainer Xavier Reckinger soll die deutschen Hockeyfrauen auch zu den Olympischen Spielen 2024 in Paris führen. Der Deutsche Hockeybund (DHB) hat den Vertrag mit dem 36-jährigen Belgier vorzeitig bis zum Ende der übernächsten Sommerspiele verlängert. Das gab der Verband am Dienstag bekannt. Reckinger, als Profi belgischer Nationalspieler, wurde mit den DHB-Frauen im Vorjahr Vizeeuropameister. (sid/jw)



# »Ein krankes System«

Österreichische Fußballfans stehen »Geisterspielen« ablehnend gegenüber. Die Politik spielt auf Zeit, während der Verband Druck macht. **Von Oliver Rast**

**P**artien ohne Publikum. Eine Option, um die am 18. März coronabedingt unterbrochene Fußballsaison fortzusetzen, finden die Österreichische Fußballliga (ÖFBL) und der Österreichische Fußballbund (ÖFB). Zuletzt hatten die zwölf Bundesligisten auf einer Videokonferenz der Wiederaufnahme des Spielbetriebs zugestimmt und ein Konzept zur Prävention von Infektionen beschlossen. Der ÖFB gab einem Antrag der Liga statt, die Saison bis zum 31. Juli vor leeren Rängen abzuschließen. Widerspruch kommt aus den Kurven. 15 Fangruppen von Klubs bis hinunter in die vierte Spielklasse veröffentlichten am Dienstag voriger Woche eine Stellungnahme. Darunter das »Kollektiv 1990« von Sturm Graz, die »Landstrasser« vom Linzer ASK und die »Wolfbrigade 04« des SKN St. Pölten. »Geisterspielen« können sie nicht viel abgewinnen, positionieren sich aber auch nicht explizit dagegen. Sie wissen: »Viele Fußballfans, die normalerweise die Heimspiele ihres

Vereins besuchen, wählen aktuell lieber die Option Geisterspiele im TV, als gar keine Spiele ihrer Lieblingsmannschaft zu sehen.«

**Unheilige Allianz**

Die Debatte um einen Wiederbeginn der Liga folgt einer bestimmten Logik. »Der Profifußball«, schreiben die Aktivfans, »hat sich in den letzten Jahrzehnten auf eine unheilige Allianz aus windigen Investoren, TV-Vermarktung und unseriösen Spielerberatern eingelassen.« In Wahrheit gehe es um die Erfüllung hochdotierter Verträge, um »sehr viel Geld.«

Ein Sprecher der linken »Wolfbrigade 04« sagte am Dienstag gegenüber *jW*: »Unsere Erklärung ist eine Kritik an der aktuellen Entwicklung des Fußballbusiness.« Schwer sei es aber auch für Ultras, eine »optimale Vorgehensweise zu finden.« Viel Einfluss werden sie nicht haben, schätzen die Wolfbrigadisten. »Ob wir irgendetwas zustimmen oder nicht«, interessiere kaum jemanden, »so realistisch sind wir.« Falls es zu »Geis-

terspielen« an welchem Ort auch immer kommen sollte, können die St. Pöltener eines versichern: »Wir werden auf jeden Fall die Gesundheit und den Schutz der Allgemeinheit vor ein Spieltagsergebnis stellen.« Im Klartext: Keine Aufzüge vor einem Stadion oder im Stadtgebiet.

An der Liga und dem Verband sei es nun, so die Fanszenen, mit der Regierung an Infektionsschutzkonzepten zu arbeiten, die baldmöglichst auch Zuschauer im weiten Rund zulassen. »Alles andere ist nur der hilflose Versuch, ein bereits krankes System künstlich am Leben zu halten.«

**»Existenzfrage«**

Einfach wird das nicht, selbst Spiele ohne Besucher sind ungewiss. Das Problem: Der final über eine Fortsetzung der Kicks entscheidende Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) teilte am Sonntag mit, dass die Liga weitere Quarantänenvorschläge auch für das Umfeld eines positiv getesteten Spielers liefern müsse, für Mit- und Gegenspieler also.

ÖFBL-Boss Christian Ebenbauer klang am Montag im Interview mit der Tageszeitung *Standard* zerknirscht: »Wenn man nicht weiß, wann und unter welchen Bedingungen wieder gespielt werden kann, wird das schnell zur Existenzfrage.«

Im Laufe der Woche werden die Klubs nach *jW*-Informationen weiter beraten; anschließend soll, so ÖFBL-Sprecher Mathias Slezak am Dienstag gegenüber dieser Zeitung, »das überarbeitete Konzept bis Ende der Woche ans Ministerium gehen.« Noch sei ein Wiederbeginn denkbar, allerdings seien terminliche und wirtschaftliche Situationen zu berücksichtigen, betonte Slezak. Mehr Klarheit soll es am Donnerstag geben, dann findet eine außerordentliche Tagung von Liga- und Klubverantwortlichen statt.

Zumindest einen Konsens konnten die Fanszenen finden: Leere Ränge mit Pappfiguren oder Stadionatmosphäre vom Band künstlich zu beleben, lehnen sie strikt ab. »Wer Geisterspiele will, soll diese auch präsentiert bekommen.«

## Befehl von oben ■ Latin Lovers. Von André Dahlmeyer

**E**inen wunderschönen guten Morgen! Am Montag feierten Guillermo und Gustavo Barros Schelotto ihren 94. Geburtstag. Also zusammengezählt. Da sie eineiige Zwillinge sind, darf man das ruhig kombinieren. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie ich Anfang 2001 in der »Tía María Bar« im ostpatagonischen Trelew die versammelte Mannschaft (alles alte Säcke) fragte, ob das Match im Fernsehen eine verdammte Aufzeichnung sei, denn da spielte Schelotto mit, aber für Racing, und den hatte ich doch noch eben in einem Spiel für Boca flügelflitzen sehen. Die Antwort verstand ich nicht, aber dann reichte mir die Wirtin ein zerfleddertes Taschenwörterbuch, das bei M aufgeschlagen war, und zeigte auf »mellizo«, Zwilling. Da war alles klar, und ich staunte nicht schlecht.

Überall auf der Welt gibt es Brüder, die Fußball spielen, manchmal sogar im selben Team. Seltener sind diese Brüder Zwillinge und fast nie eineiige.

Die Schelottos verteidigten zunächst das Trikot von Gimnasia y Esgrima de La Plata und gewannen im Januar 1994 den bis heute einzigen offiziellen Profititel in der Vereinsgeschichte: die sogenannte Copa Centenario, die zum hundertjährigen Jubiläum des argentinischen Fußballverbands einmalig ausgetragen wurde. Gimnasia, trainiert von Fußballgott Roberto Perfumo – Friede seiner Asche – gewann gegen das River Plate von Sergio Goycochea, Ariel Ortega und Hernán Crespo schwungvoll mit 3:1, wobei Guillermo der entscheidende Treffer gelang. Es folgten zwei Vizemeisterschaften der Schelottos mit Gimnasia, und schon klingelten die damals noch recht krisengeschüttelten, aber dennoch großen Boca Juniors durch. Befohlen hatte den Anruf niemand Geringeres als Diego Armando Maradona persönlich, der gerade bei den »Xeneizes« seine Karriere ausklingen ließ.

Bei Boca langten die Schelottos gemeinsam dann so richtig zu, wurden

zwischen 1998 und 2000 dreimal argentinischer Meister, und 2000 kam neben der Copa Libertadores auch noch der Tokioter Triumph gegen Real Madrid im Weltpokalfinale dazu – eine Sternstunde des argentinischen Fußballs mit einem erleuchtet aufspielenden Juan Román Riquelme. Gustavo hing die Botten 2007 in Puerto Rico an den Nagel. Guillermo wechselte derweil nach zehn Jahren Boca, wo er gerade zum vierten Mal die Copa Libertadores gewonnen hatte, noch mal für drei Jahre in die Major League Soccer. Mit der Columbus Crew aus Ohio wurde er gleich 2008 Meister und zudem zum wertvollsten Spieler der Saison gewählt. 2011 kickte er noch ein Semester gratis für seinen alten Klub Gimnasia, doch den Abstieg des Traditionsklubs in die zweite Liga, Primera B Nacional, im Relegationsrückspiel gegen San Martín de San Juan (1:1) im heimischen Waldstadion konnte auch er nicht verhindern. Vier

Tage zuvor war bereits Rekordmeister River Plate abgestiegen.

Seit 2012 bilden Guillermo (als Boss) und Gustavo (als Assi) ein Trainertandem, das beim Club Atlético Lanús im Süden der Hauptstadt debütierte. Schon 2013 gewannen sie den ersten Titel und gleich die Copa Sudamericana. 2016 folgte das Engagement beim Klassenprimus Boca Juniors. Zwei Meistertitel konnten sie einfahren – und es waren zwei lange Meisterschaften, nicht die sonst üblichen Blitz-Campeonate. Der erfolgreichste Boca-Spieler aller Zeiten ist mit 17 Titeln Sebastián Battaglia, danach kommt Guillermo mit 16. Zählt man die beiden Titel als Coach dazu, war in der Vereinsgeschichte niemand erfolgreicher.

Guillermo und Gustavo verließen den Klub Ende 2018 nach dem Copa-Libertadores-Finalrückspiel-Debakel gegen River Plate im Santiago Bernabéu. Seit Februar 2019 stehen sie auf der Kommandoebene von Los Angeles Galaxy im Suburb Carson.

**Die Tageszeitung junge Welt**

Herausgeberin: Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e. G. (Infos unter [www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)). Die überregionale Tageszeitung *junge Welt* erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH.

Adresse von Genossenschaft, Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin  
Geschäftsführung: Dietmar Koschmieder, Peter Borak (stellv.)  
Chefredaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.), Michael Merz (stellv.), Sebastian Carlens (stellv.)  
Verlagsleitung: Andreas Hüllinghorst, Jonas Pohle (stellv.)

**Zentrale:** 030/53 63 55-0  
**Aktion:** 030/53 63 55-10  
**Anzeigen:** 030/53 63 55-38  
**Aboservice:** 030/53 63 55-81/82  
**Ladengalerie:** 030/53 63 55-56

**Fax:** 030/53 63 55-44  
**E-Mail:** [redaktion@jungewelt.de](mailto:redaktion@jungewelt.de)  
**Internet:** [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)  
**Facebook:** [facebook.com/jungewelt](https://www.facebook.com/jungewelt)  
**Twitter:** [twitter.com/jungewelt](https://twitter.com/jungewelt)

**Redaktion/Verlag** (Ressort-/Bereichsleitung, Durchwahl):  
**Wirtschaft & Soziales:** Simon Zeise (-30);  
**Außenpolitik:** Matthias István Köhler (-71);  
**Innenpolitik:** Nico Popp (-31);  
**Interview:** Jan Greve (-34);  
**Feuilleton und Sport:** Alexander Reich (-60);  
**Thema:** Daniel Bratanovic (-65);  
**Leserpost:** Jörg Tiedjen (-41/leserbriefe@jungewelt.de);  
**Bildredaktion:** Nikolas Sisis (-40);  
**Herstellungsleitung/Layout:** Michael Sommer (-45);  
**Online-Entwicklung:** Daniel Hager (-25);

**Aktion und Kommunikation:** Katja Klüßendorf (-16);  
**Aktionsbüro:** Jonas Pohle (-58);  
**Archiv/jW-Shop:** Stefan Nitzsche (-37);  
**Anzeigen:** Nora Walther (-28);  
**Vertrieb/Aboservice:** Nora Krause (-82);  
**Ladengalerie:** Michael Mäde (-56).  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.  
**Abonnements, Adressänderungen und Reklamationen:** Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Tel.: 030/53 63 55-81/82, Fax: -48. E-Mail: [abo@jungewelt.de](mailto:abo@jungewelt.de)

**Abopreise Print:** Normalabo Inland mtl. 41,80 Euro; Sozialabo mtl. 29,80 Euro; Solidaritätsabo mtl. Euro 52,80; Abopreise Ausland (EU) wie Inland zzgl. 13,10 Euro/monatl. Versandkostenzuschlag. **Abopreise online:** Normalabo mtl. 19,80 Euro; Sozialabo mtl. 12,80 Euro; Solidaritätsabo für Abonnenten der Wochenendausgabe mtl. 7,80 Euro  
**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse  
**Abokonto:** IBAN: DE03 1005 0000 0190 2523 08  
**Shopkonto:** IBAN: DE25 1005 0000 0190 7581 55  
**Anzeigenkonto:** IBAN: DE03 1005 0000 0190 7581 63  
**BIC:** BELADE33XXX

**Druck:** Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH. Art-Nr. 601302/ISSN 041-9373, Storkower Str. 129, 10407 Berlin | S + M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44A, 63303 Dreieich